

II. Ein außenpolitisches Instrument?

Wie fast alle Entwicklungen in der Komintern, so wurde auch die „ultralinke Wende“ der Komintern, die zur Jahreswende 1927/28 einsetzte, in der bisherigen Forschung einerseits mit einem Hinweis auf die innersowjetischen Machtkämpfe und andererseits mit der Funktion der Komintern als zweitem Standbein der sowjetischen Außenpolitik erklärt: Die Proklamation der ultralinken Taktik, so die These, habe der Herrschaftslogik Stalins entsprochen, der seinen radikalen Kurs in der Innen- und Wirtschaftspolitik und seinen Kampf gegen Bukharin kurzerhand auf die Komintern übertragen habe, um seine Gegner auch von dieser Seite anzugreifen. Gegen die Sozialdemokratie habe Stalin wiederum hauptsächlich deshalb gekämpft, weil er in den deutschen Sozialdemokraten die Motoren einer antisowjetischen Front gesehen habe.¹

Damit sind zwei wesentliche Komplexe der Beziehungen zwischen deutschen und sowjetischen Kommunisten vor 1933 angeschnitten. Erstens stellt sich die Frage, was die Komintern und KPD für Stalin bedeuteten: Waren sie für ihn tatsächlich lediglich ein Instrument im Dienste der sowjetischen Außenpolitik? Die zweite Frage ist die nach dem Anteil der Kominternsektionen an der Radikalisierung der kommunistischen Politik: Wurde sie maßgeblich von Stalin initiiert oder gab es auch hier Tendenzen von der „Basis“, musste sie den Sektionen aufgezwungen werden oder arbeiteten sie dem Diktator und der Komintern zu?

Obwohl sich diese Themen – die außenpolitische Bedeutung der III. Internationale und die Radikalisierung der Kominternpolitik – kaum voneinander trennen lassen, weil in beiden Bereichen die Stellung der KPD zur Sozialdemokratie eine wichtige Rolle spielt, habe ich aus analytischen Gründen einen Schnitt vorgenommen: In diesem Kapitel soll zunächst der grundlegenden Frage nachgegangen werden, welche Rolle die Komintern und KPD in Stalins außenpolitischer Konzeption spielten, während in den folgenden beiden Kapiteln das Thema der Radikalisierung unter anderem am Beispiel der so genannten Sozialfaschismus-Doktrin behandelt wird.

Wenn auf den folgenden Seiten die Bedeutung der KPD und Komintern für Stalins außenpolitische Konzeption untersucht wird, so reicht es jedoch nicht aus, nur auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu blicken. Vielmehr muss versucht werden, einen Blick auf die Gesamtkonzeption von Stalins Außenpolitik zu werfen. Wichtig ist es auch, zu untersuchen, wie sich die Berufsdiplomaten im Volkskommissariat für äußere Angelegenheiten (NKID) gegenüber der Komintern im Allgemeinen und der KPD im Besonderen verhielten und zu fragen, welches Verhältnis zwischen ihnen bestand. Ebenso unverzichtbar ist es, die deutsche Perspektive einzubeziehen: Wie sahen die deutschen Parteifunktionäre ihre Rolle

¹ Vgl. Borkenau, *Der europäische Kommunismus*, S. 60–67; Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, S. 10–15; Luks, *Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie*, S. 130.

in der sowjetischen Politik? Führte die Vorbildfunktion der Bolschewiki tatsächlich dazu, dass die KPD-Kader die Sowjetunion rückhaltlos unterstützten oder war ihnen das nationale Hemd doch näher als der internationalistische Rock? In diesem Zusammenhang soll der Blick nicht nur auf die Führung der KPD gerichtet werden, sondern auch gefragt werden, wie die einfachen Funktionäre reagierten.

1. Priorität der Sowjetunion

Seitdem die Bolschewiki die Provisorische Regierung in Petrograd am 25. Oktober 1917 durch einen Staatsstreich abgesetzt hatten, währten sie sich in einer Welt von Feinden. Zu den Schreckensbildern, von denen sich die neuen Machthaber in den folgenden Jahrzehnten verfolgt fühlten, gehörte insbesondere die Furcht, von einer antibolschewistischen Allianz kapitalistischer Staaten umzingelt und angegriffen zu werden. So weckte schon der sich im Herbst 1918 abzeichnende Sturz der Hohenzollerndynastie bei Lenin nicht nur Hoffnungen, sondern löste auch Ängste aus: Einerseits hoffte er, die Revolution könne sich nun auch nach Westeuropa ausbreiten. Andererseits aber befürchtete er, dass sich ein militärisch geschlagenes und noch nicht revolutioniertes Deutschland auf die Seite der Westalliierten stellen und mit ihnen gegen die neue Sowjetmacht kämpfen würde. Die Tatsache, dass die erste parlamentarische (und zugleich letzte) Regierung des Kaiserreiches nach der Abdankung Wilhelms II. prompt die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abbrach und den erst wenige Monate zuvor geschlossenen Friedensvertrag von Brest-Litowsk annullierte, schien diese Befürchtung zu bestätigen.²

In der Nachkriegszeit bestanden aus Sicht der Bolschewiki zwei Möglichkeiten, um dieser Bedrohung durch einen sich bildenden „Belagerungsring“ entgegenzuwirken: Entweder musste die Revolution nach Mitteleuropa getragen werden oder die Gegensätze innerhalb des „imperialistischen Lagers“ mussten soweit verschärft werden, dass sich die europäischen Mächte nicht zu einer antibolschewistischen Front zusammenschließen konnten. Deutschland nahm in beiden Konzeptionen einen zentralen Platz ein: Zum einen schien das Land aus der Sicht der marxistisch geschulten Bolschewiki historisch „reif“ für eine baldige proletarische Revolution zu sein. Zum anderen war Deutschland durch den Versailler Friedensvertrag aus bolschewistischer Sicht in den Rang einer Halbkolonie des „Entente-Kapitals“ herabgedrückt worden. Deutschland und Sowjetrußland, so war man in Moskau überzeugt, hatten nun gemeinsame staatliche Interessen – und ganz konkret einen gemeinsamen Feind, nämlich Polen, die Hauptstütze des französischen *Cordon Sanitaire*, jener „konterrevolutionären Scheidewand“ Europas, wie die neugegründeten Nationalstaaten in Ostmitteleuropa von Stalin kurz nach Kriegsende bezeichnet wurden.³

² Vgl. Lenins Reden über die internationale Lage vom 22. 10. 1918 und 8. 11. 1918, in: Lenin, Werke, Bd. 28, S. 104–118, 145–159.

³ Josef Stalin, „Die Scheidewand“, in: ders., Werke, Bd. 4, S. 147 f.

Für die Politik der Bolschewiki in der unmittelbaren Zeit nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ist die Tatsache charakteristisch, dass sie die beiden oben genannten Auswege aus der internationalen Isolation abwechselnd und zuweilen sogar gleichzeitig beschritten⁴: Während beispielsweise die KPD, von Moskau ermuntert, im Frühjahr 1921 mit der „Märzaktion“ die Revolution probte, verhandelten sowjetische Diplomaten mit der deutschen Regierung über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.⁵ Und ein gutes Jahr nachdem im April 1922 schließlich der berühmte Rapallo-Vertrag zwischen der Sowjetunion und Deutschland unterzeichnet worden war, der später als die „Koalition der Verlierer“ des Ersten Weltkrieges gegen dessen Gewinner bezeichnet werden sollte⁶, drängte die bolschewistische Führung die KPD-Spitze, den so genannten Deutschen Oktober zu organisieren. Auf diese Weise, so hoffte man im Politbüro, würden sich sämtliche Schwierigkeiten überwinden lassen, die sich den Bolschewiki seit ihrem Staatsstreich in den Weg gestellt hatten: Gemeinsam seien die beiden Länder militärisch und wirtschaftlich stark genug, um sich „vor jeglichen Angriffen des Weltimperialismus“ zu schützen, prophezeite Grigori Zinow'ev im September 1923.⁷

Stalin verfiel selten in solch revolutionseuphorische Zustände, wie dies bei Lenin⁸ oder Zinow'ev periodisch der Fall war. Seit langem ist bekannt, dass Stalin die Aussichten ausländischer kommunistischer Parteien, eine erfolgreiche Revolution durchzuführen, häufig sehr skeptisch beurteilte. So wies der Generalsekretär wenige Monate vor dem geplanten „Deutschen Oktober“ in einem Brief an Zinow'ev und Bukharin darauf hin, dass der KPD der notwendige Rückhalt in der Bevölkerung fehle: „Wenn in Deutschland die Macht heutzutage stürzt und die Kommunisten sie aufheben, dann werden sie mit Pauken und Trompeten scheitern. [...] Meiner Meinung nach muss man die Deutschen zurückhalten und nicht ermuntern.“⁹ Nachdem der Aufstandsversuch kläglich gescheitert war, sah sich Stalin in dieser Ansicht bestätigt: „Die Kommunisten hatten keine Mehrheit unter den Arbeitern“, bewertete er im November 1923 rückblickend die Chancen der KPD, die deutsche Bourgeoisie sei hingegen stets „quicklebendig“ gewesen und habe deshalb genügend Kräfte gehabt, „um die Kommunisten aufs Haupt zu schlagen“.¹⁰

Das Scheitern dieses letzten Revolutionsversuches in Europa vor dem Zweiten Weltkrieg veranlasste Stalin, sich gemeinsam mit Nikolaj Bukharin für einen zu-

⁴ Vgl. Zubachevskij, *Politika sovetskoj Rossii v central'noj Evrope*.

⁵ Zu den Verhandlungen der Jahre 1920–1922, die in der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages gipfelten, und den sowjetischen Motiven vgl. v. a.: Slutsch, *Deutschland und die UdSSR 1918–1939*, S. 35–44. Zur „Märzaktion“ der KPD vgl. Koch-Baumgarten, *Aufstand der Avantgarde*.

⁶ Vgl. Schieder, *Die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrags*.

⁷ Zitiert nach: Slutsch, *Deutschland und die UdSSR 1918–1939*, S. 45.

⁸ Vgl. sein während des Zweiten Kongresses der Komintern abgeschicktes Telegramm an Stalin vom 23. 7. 1920, abgedruckt in: Drabkin (Hg.), *Komintern i ideja mirovoj revolucii*, S. 186.

⁹ Brief Stalins an Zinow'ev und Bukharin vom 7. 8. 1923, abgedruckt in: Adibekov, *Politburo CK RKP(b)-VKP(b) i Komintern*, S. 163 f., hier: S. 163.

¹⁰ Brief Stalins an Pjatakow vom 8. 11. 1923, RGASPI 558/11/785: 23–26, hier: 24.

nächst isolierten „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ – also in der Sowjetunion selbst – einzusetzen. Während Lenin zu Beginn der 20er Jahre sowie Trockij und Zinov'ev noch nach 1924 meinten, Sowjetrußland könne nur überleben, wenn es gelänge, die Nachbarstaaten ebenfalls zu revolutionieren¹¹, richtete sich Stalin auf eine „Phase der Ebbe der Revolution“ ein, in der die Bolschewiki auf sich gestellt blieben.¹² Auf dem XIV. Parteitag der VKP(b) im Dezember 1925 charakterisierte er die gegenwärtige internationale Lage als eine auf dem Gleichgewicht der Kräfte basierende „Atempause“ im Kampf zwischen den feindlichen Lagern, als eine „gewisse Periode des ‚friedlichen Zusammenlebens‘ der Welt der Bourgeoisie und der Welt des Proletariates“.¹³

In dieser Phase sollte die Sowjetunion nicht durch „revolutionäre Abenteuer“ gefährdet werden. Kurzerhand setzte Stalin die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion mit den Zielen der internationalen Arbeiterbewegung gleich: So durfte sich nach Stalins Auffassung nur derjenige als „Internationalist“ bezeichnen, der „vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen, weil die UdSSR die Basis der revolutionären Bewegung der ganzen Welt ist“.¹⁴ An diesem Prioritätenwechsel wurde auch festgehalten, als Stalin auf dem XV. Parteitag 1927 den herannahenden „neuen revolutionären Aufschwung“ prophezeite¹⁵: Stalin wies die Kominternspitze nur wenige Monate später darauf hin, dass sich die revolutionäre Arbeit der nationalen Sektionen weiterhin direkt auf die Sowjetunion zu beziehen habe. Im Programm der Komintern solle nicht mehr allgemein vom Übergang des Kapitalismus zum Sozialismus gesprochen werden, sondern vom „Übergang angesichts der Diktatur des Proletariates in einem dieser Länder, d. h. in unserem Land“.¹⁶

Dieser Wechsel in der außenpolitischen Doktrin spiegelte sich auch in der Finanzpolitik der Komintern wider: Die ehemals üppig fließenden Mittel für die Militärapparate der kommunistischen Parteien waren nach 1924 radikal gekürzt worden – eine Maßnahme, die insbesondere den deutschen Kommunisten missfiel. So monierte Ernst Thälmann im Februar 1925 in einem fünfseitigen Memorandum, das EKKI dürfe nach fehlgeschlagenen Aufständen nicht immer gleich

¹¹ Schon am 7. 3. 1918 meinte Lenin in seiner „Rede über Krieg und Frieden“, „wir werden auf jeden Fall [...] zugrunde gehen, wenn die deutsche Revolution nicht eintritt“. Lenin, Werke, Bd. 27, S. 73–96, hier: S. 81. Zu den Konflikten über die These des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ vgl. McDermott, Comintern, S. 50–55; Geyer, Sowjetrußland und die deutsche Arbeiterbewegung, S. 4–13.

¹² Vgl. seine Bemerkungen zur internationalen Lage in seinem Referat vor dem Parteiaktiv der Moskauer Organisation der KPR(b) am 9. 5. 1925, in: Stalin, Werke, Bd. 7, S. 77–114, hier: S. 79.

¹³ Vgl. seinen „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees“ vom 18. 12. 1925, in: Stalin, Werke, Bd. 7, S. 227–305, hier: 227 f.

¹⁴ „Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR“. Rede auf dem vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der VKP(b) am 1. 8. 1927, in: Stalin, Werke, Bd. 10, S. 3–52, hier: S. 45.

¹⁵ Vgl. seinen „Politischen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees“ vom 3. 12. 1927, in: Stalin, Werke, Bd. 10, S. 235–252, hier: S. 248.

¹⁶ Brief Stalins an Bukharin, Rykov und Molotov vom 24. 3. 1928, RGASPI 558/11/136: 8–18.

„die ganze M[ilitär]-Arbeit zerschlagen.“ Nachdem das Militärbudget der KPD halbiert worden war, erhielten die deutschen Kommunisten aus Moskau monatlich nur noch 7625 \$ für ihre Militärarbeit. Die Militärkommission der KPD stellte bedauernd fest, dass die Partei nun von „der konsequenten Vorbereitung des Bürgerkrieges“ abrücken müsse.¹⁷

2. Ideologie und Realpolitik

Doch die Tatsache, dass für Stalin die Konsolidierung der Sowjetunion wichtiger war als vorerst offenkundig aussichtslose Umsturzversuche ausländischer Kommunisten, bedeutet nicht, dass er die Hoffnung auf die Weltrevolution gänzlich aufgegeben hatte. Auch wenn er sich zunächst als Realpolitiker erwies, so blieb er langfristig doch seinen ideologischen Prämissen treu. So war Stalin davon überzeugt, dass nach einer Zeit der revolutionären Ebbe auch wieder eine revolutionäre Welle heranbranden werde¹⁸: Immer wieder konnte er sich für revolutionäre Aktionen begeistern, wenn er sie für Erfolg versprechend hielt. Obwohl sich Stalin beispielsweise im Sommer 1923 in dem oben zitierten Brief zunächst äußerst skeptisch gegenüber den Revolutionsaussichten in Deutschland gezeigt hatte, ließ er sich wenig später doch von der Aussicht auf einen kommunistischen Umsturz mitreißen und schlug im September vor, in „günstigen Bezirken“ schon einmal Sowjets als „Zentren des zukünftigen Aufstandes“ zu errichten.¹⁹ Schließlich rühmte Stalin in einem Brief an August Thalheimer „die kommende Revolution in Deutschland“ sogar als das „wichtigste Weltereignis unserer Tage“.²⁰ Als dieser Brief (der ursprünglich nicht zur Veröffentlichung vorgesehen war) dann am 10. Oktober in der *Roten Fahne* abgedruckt wurde, erkundigte sich der von Stalins Sinneswandel völlig überraschte sowjetische Außenkommissar Georgij Chicherin bei Molotov, ob das Schreiben „eine reine Erfindung“ der deutschen Kommunisten sei, oder ob „wirklich etwas dahinter steckt“.²¹

Dass der Generalsekretär sich durchaus zu revolutionärer Begeisterung hinreißen lassen konnte, zeigte sich noch mal in den Jahren 1926/27 im Falle Chinas. Aus bolschewistischer Sicht war dies ein Land, das wie Deutschland durch imperialistische Mächte unterdrückt wurde und daher ebenso als „schwaches Glied“ in der Kette kapitalistischer (bzw. „halbkolonialer“) Staaten galt.²² Stalin drängte die

¹⁷ Memorandum Thälmanns vom 21. 2. 1925 und Beschluss der Militärkommission der KPD vom 3. 2. 1925, RGASPI 526/1/86: 5–10. Bislang ist es leider nicht möglich, einen Überblick über die finanziellen Zuwendungen zu bekommen, die die KPD erhalten hat, da die Akten der Budgetkommission des EKKI weiterhin geschlossen sind.

¹⁸ Vgl. Stalins Referat vor dem Parteiaktiv der Moskauer Organisation der KPR(b) vom 9. 5. 1925, in: Stalin, Werke, Bd. 7, S. 77–114, hier: S. 78 f.

¹⁹ Vgl. „Vorschläge des Genossen S[talins] in der Kommission zur deutschen Frage“ vom 20. 9. 1923, abgedruckt in: Bayerlein (Hg.), Deutscher Oktober 1923, S. 141–143.

²⁰ Brief Stalins an Thalheimer vom 20. 9. 1923, abgedruckt in: Adibekov, Politbüro CK RKP(b)-VKP(b) i Komintern, S. 169 f.

²¹ Ebenda, Fn. 1, S. 170.

²² Dass Stalin, wenn er über die „nationale Befreiung“ redete, Deutschland in eine Reihe mit

chinesischen Kommunisten zunächst, sich mit der nationalistischen Kuomintang zu verbünden, um China nach einer ersten (bürgerlichen) Revolution unter einer antiimperialistischen Regierung zu vereinigen. Nachdem die Zusammenarbeit mit der Kuomintang gescheitert war, begrub Stalin die revolutionären Pläne jedoch nicht, sondern veranlasste die chinesische KP im Gegenteil, sich zu erheben. Bekanntlich endete die ganze Unternehmung, an der auch Heinz Neumann beteiligt war, der gemeinsam mit Lominadze als Kominterninstrukteur nach Shanghai delegiert worden war, in einem blutigen Desaster.²³ Chicherin erklärte zwei Jahre später, die „so genannte ‚sowjetische Periode der chinesischen Revolution‘“ im Jahre 1927 sei ein „kolossaler Fehler“ gewesen.²⁴ Stalin sah darin aber keine Folge einer falschen Strategie – für ihn hatten sich nur die Chinesen als unfähig erwiesen.²⁵

Vor diesem Hintergrund bekommt seine Betonung der Priorität der Sowjetunion einen anderen Klang: Stalin verfolgte weder eine isolationistische Politik, noch beabsichtigte er, zur „zaristischen Großmachtspolitik“ zurückzukehren. Vielmehr war er einfach nur fest davon überzeugt, dass die sowjetischen Bolschewiki die besten Revolutionäre der Welt seien – schließlich war es allein ihnen gelungen, eine proletarische Revolution durchzuführen. Die Existenz der Sowjetunion bildete in seinen Augen daher die einzige Garantie, dass es auch in anderen Ländern dereinst zu einem erfolgreichen kommunistischen Umsturz kommen werde. Ohne sowjetische „Kinder mädchen“, so zeigte sich Stalin nach der fehlgeschlagenen chinesischen Revolution überzeugt, kämen die ausländischen Kommunisten auf keinen grünen Zweig.²⁶

Das oft widersprüchliche Nebeneinander von Ideologie und Realpolitik in Stalins außenpolitischem Denken lässt sich besonders deutlich an seinem gespannten Verhältnis zu den Berufsdiplomaten des sowjetischen Volkskommissariates des Äußeren (NKID) ablesen. So deckte der Generalsekretär dem NKID im Jahr 1928 für dessen Rapallo-Politik zwar intern den Rücken, indem er gegenüber der Kominternspitze darauf drängte, zwischen „imperialistischen und anti-imperialistischen Bourgeoisien“ zu unterscheiden. Mit Staaten, die unter die letztere Kategorie fielen – nach seinem Verständnis gehörte Deutschland dazu –, sei eine Verständigung „unter gewissen Bedingungen und auf eine gewisse Zeit“ durchaus zulässig und wünschenswert.²⁷ Im NKID jedoch nahm man Stalins außenpolitischen Kurs häufig ganz anders wahr. Insbesondere die Parteireden des Generalsekretärs irritierten die sowjetischen Diplomaten mehrfach. So hatte Stalin seine Sicht der

„halbkolonialen“ Ländern wie China und Persien stellte, belegt seine Rede an der Sverdlov-Universität vom 9. 5. 1925, in: Stalin, Werke, Bd. 7, S. 135–182, hier: S. 145.

²³ Zur Kominternpolitik in China vgl. die monumentale Quellenedition: Leutner, KPdSU(B), Komintern und die Sowjetbewegung in China.

²⁴ Brief Chicherins an Stalin vom 20. 6. 1929, abgedruckt in: Kvashonkin (Hg.), Sovetskoe rukovodstvo, S. 75–79.

²⁵ Vgl. die Briefe Stalins an Molotov und Bukharin über China, abgedruckt in: Koshelova (Hg.), Pis'ma Stalina, S. 99–117.

²⁶ Brief Stalins an Molotov und Bukharin vom 9. 7. 1927, abgedruckt in: Ebenda, S. 110–115.

²⁷ Brief Stalins an Bukharin, Rykov und Molotov vom 24. 3. 1928, RGASPI 558/11/136: 8–18.

internationalen Beziehungen in einer Rede vor Moskauer Parteikadern 1925 auf die Grundfrage zugespitzt: „Wer [unterwirft] wen?“ Falls die Sowjetunion überfallen werde, so drohte Stalin den „führenden Männern der kapitalistischen Länder“ unverhohlen, würden die Bolschewiki „in allen Ländern der Welt den revolutionären Löwen wecken“.²⁸ Auch wenn solche Äußerungen zu diesem Zeitpunkt eindeutig als Bluff gewertet werden mussten, wurden sie auf Seiten des NKID doch als Torpedierung der eigenen Arbeit empfunden. Um die außenpolitische Lage der Komintern nicht zu gefährden, sah sich Chicherin daher immer wieder dazu gezwungen, direkt bei Stalin zu intervenieren. Er beschwor ihn, sich vorsichtiger zu äußern, da jedes seiner Worte „als Regierungsmanifest bewertet“ werde. Chicherin bezeichnete es mit Blick auf die eben zitierte Rede Stalins als sehr unangenehm, „aus Ihrem Munde Formulierungen über andere Staaten zu hören, wie ‚entweder unterwerfen wir sie, oder sie unterwerfen uns‘“.²⁹

Chicherins Bemühungen, der Sowjetunion ein weniger revolutionäres Image zu verpassen, wurden aber erst von Erfolg gekrönt, als die britische Regierung im Mai 1927 die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abbrach. Ein Jahr zuvor hatten sich die Bolschewiki noch sehr in dem Generalstreik in Großbritannien engagiert. Obwohl sich die übersteigerten Hoffnungen des EKKI, in England könnten bald erste Sowjets errichtet werden, schnell zerschlugen, unterstützte Moskau die britischen Kommunisten weiterhin aktiv. Die Regierung des Königreiches protestierte bereits seit dem Sommer 1926 gegen die Aktivitäten der Komintern; zum endgültigen Bruch mit Moskau kam es dann, als die britische Polizei die sowjetische Handelsvertretung in London durchsuchte und Material fand, das die finanzielle Unterstützung der britischen Kommunisten durch die Sowjetunion belegte.³⁰

Die bolschewistische Führung befand sich durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen in der Defensive. Mehr noch: Sie sah darin ein Anzeichen dafür, dass sich die kapitalistischen Staaten unter der Führung Großbritanniens darauf vorbereiteten, die Sowjetunion bald anzugreifen.³¹ Um den Westmächten in Zukunft weniger Angriffsfläche zu bieten, beschloss man in Moskau daher eiligst, die Sphären von Komintern und Sowjetmacht stärker zu trennen: Bereits am Tag nach dem Abbruch der Beziehungen durch London ordnete das Politbüro der VKP(b) an, dass sich die sowjetischen Botschaften und Handelsvertretungen von den Mitarbeitern zu trennen haben, die für die Komintern und die Geheimdienste

²⁸ Vgl. Stalins Referat vor dem Parteikadern der Moskauer Organisation der KPR(b) vom 9. 5. 1925, in: Stalin, Werke, Bd. 7, S. 77–114, hier: S. 81, 86.

²⁹ Brief Chicherins an Stalin vom 2. 11. 1926, RGASPI 558/11/824: 51.

³⁰ Vgl. Thorpe, *The British Communist Party and Moscow*, S. 91–97. Adibekov, *Politburo CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa*, S. 98–100.

³¹ Zu Stalins Verschwörungsfantasien vgl. sein Telegramm an Molotov vom 7. 6. 1927 über die angeblich durch Großbritannien gesteuerte Ermordung des sowjetischen Botschafters in Warschau, die seiner Meinung nach einen Konflikt zwischen Warschau und Moskau provozieren sollte, zitiert in: Danilov, *Tragedija sovsetskoi derevni. Kollektivizacija i ras-kulachivanie*, S. 23. Auch den Frontwechsel der deutschen Regierung hielt die sowjetische Führung zu dieser Zeit für wahrscheinlich: Vgl. den Brief Lominadzes an Pjatnickij vom 21. 3. 1927 aus Berlin über die „sowjetfeindliche Stimmung“ der deutschen Regierung, RGASPI 558/11/758: 45–51, hier: 48.

arbeiteten.³² Im Januar 1928 wurde auf Druck Chicherins von der sowjetischen Parteiführung eine Kommission eingesetzt, die außerdem das gesamte ausländische Personal der sowjetischen Botschaften und Handelsvertretungen daraufhin überprüfen sollte, ob ihre Beschäftigung „nicht zum Anlass für internationale Verwicklungen“ werden könne.³³ „In Berlin hat das ganze Parteiaktiv in unseren Einrichtungen gesessen, das war eine Form der Parteifinanzierung“, beschrieb Chicherin im Sommer 1930 die Situation vor dieser Maßnahme, mit der sich das Politbüro von der bisherigen Praxis verabschiedete: „Es wurde festgesetzt, dass die Mitglieder der Zentrale und oberen Bezirksorganisationen wie auch besonders zwielichtige Gruppen (z. B. die Gegenspionage der KPD) nicht Angestellte bei uns sein konnten. Sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern wurde vielen die Frage gestellt: Entweder gibst Du Deine Stellung in der Partei oder bei uns auf.“³⁴

Im April 1928 wurde diese Politik, die Sphären von Komintern und sowjetischer Regierung zu trennen, noch verschärft: Auf Anweisung Stalins untersagte das Politbüro den sowjetischen Vertretungen im Ausland, sich „in die inneren Angelegenheiten der entsprechenden Länder“ einzumischen – also den kommunistischen Parteien illegale Hilfestellungen zu geben. Ferner wurde den Mitgliedern des sowjetischen Politbüros „vorerst“ verboten, offen in der Komintern aufzutreten, „um unseren Feinden keinen unnötigen Anlass zu geben, sich über die Verflechtung der Sowjetmacht mit der Komintern auszulassen“. Die einzige Ausnahme bildete Bukharin, der offizielles Mitglied der Kominternführung war. Der Bericht über die Lage der Sowjetunion auf dem bevorstehenden VI. Weltkongress der Komintern sollte nun nicht mehr vom sowjetischen Regierungschef Rykov, sondern vom Wirtschaftsexperten des EKKI, Eugen Varga, vorgetragen werden.³⁵ Überaus kurzfristig, nur zwei Wochen vor Beginn des Kominternkongresses, wurde schließlich auch der Tagungsort gewechselt. „Im Kreml waren bereits alle Vorbereitungen getroffen“, berichtete Remmele der KPD-Spitze aus Moskau, „so u. a. der Einbau der Telefonapparate, deren Leitungen unter das Parkett des Saales gelegt wurden und [in dem] hunderte von Drähten nach den einzelnen Plätzen mit tausenden von Klingen [Steckern] angebracht waren.“ Es sei dann jedoch „wegen außenpolitischer Dinge“ kurzfristig beschlossen worden, den Kongress im Haus der Gewerkschaften stattfinden zu lassen. „Die ganze Einrichtung wird nun wieder aus dem Kreml entfernt [...]“³⁶

Dieser überstürzte Ortswechsel war eine demonstrative Geste der sowjetischen Führung. Auch die Kunde, dass die KPD-Funktionäre und Kominternagenten aus der Botschaft und Handelsvertretung in Berlin entlassen wurden, hatte man offensichtlich bewusst durchsickern lassen: Im Februar 1928 berichtete der Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung dem Auswär-

³² Vgl. Adibekov, Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 100.

³³ Beschluss des PB der VKP(b) vom 28. 1. 1928, zitiert nach: Adibekov, Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 100.

³⁴ Chicherin, Diktatura jazykocheshushchikh, S. 99–116.

³⁵ Protokoll Nr. 22 des PB der VKP(b) vom 23. 4. 1928, Pkt. 34, RGASPI 17/162/6: 70.

³⁶ Brief Remmeles an Thälmann vom 30. 6. 1928, RGASPI 495/292/40: 166–168, hier: 166.

tigen Amt von seinen Erkenntnissen, nach denen sich der sowjetische Botschafter in Berlin „wegen der gefürchteten Gefährdung der deutsch-sowjetischen Beziehungen sehr energisch gegen eine allzu enge und auffällige Verbindung dieser Agenten mit der Botschaft und Handelsvertretung“ ausspreche. Genüsslich wurde in dem Bericht erwähnt, dass die in der sowjetischen Botschaft beschäftigten KPD-Mitglieder aus diesem Grunde bereits entlassen worden seien.³⁷

Diese Maßnahmen der sowjetischen Behörden, die der KPD sowohl einen Teil ihrer finanziellen Basis entzogen als auch mit zum Teil demütigenden Enthüllungen verbunden waren, sollten natürlich nur den Schein der Unabhängigkeit der Komintern erzeugen: Wie es im Beschluss des sowjetischen Politbüros vom April 1928 hieß, sollte die „Leitung der Kominternarbeit“ durch die bolschewistische Führung nicht aufgegeben, sondern lediglich unauffälliger und für Außenstehende nicht erkennbar abgewickelt werden.³⁸ Insofern belegen diese Beschlüsse nicht, wie dies in einem Teil der Forschung zu lesen ist, dass sich die sowjetische Führung weniger für die III. Internationale interessierte³⁹, sondern verdeutlichen lediglich das gestiegene Gefahrenbewusstsein des bolschewistischen Politbüros. Die Trennung von Komintern und sowjetischen Behörden sollte es dem NKID in erster Linie ermöglichen, sich von den Äußerungen und Handlungen der Komintern zu distanzieren, und auf diese Weise Schaden von der sowjetischen Außenpolitik abzuwenden.

Die Vorhaltungen deutscher Regierungsstellen, die Sowjetunion unterstütze die KPD, wurden von den sowjetischen Diplomaten nun meist schlicht gelehnet: So lehnte es Krestinskij im Januar 1930 in einem Gespräch mit dem deutschen Außenminister Curtius ab, „eine wie auch immer geartete Verantwortung für die Tätigkeiten der Komintern oder der VKP(b)“ zu übernehmen, da der sowjetische Staatsapparat und die Komintern zwei völlig getrennte Bereiche seien.⁴⁰ Wenn diese Erklärung nicht verfiel, versuchten die sowjetischen Diplomaten, den Ernst der Angelegenheit zu überspielen: Als sich der Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, Hans Adolf von Moltke, im Mai 1929 beim sowjetischen Botschaftsrat S. I. Brodovskij über die Unterstützung der KPD durch Moskau beschwerte, rettete sich dieser in den Zynismus: „Ich habe scherzhaft geantwortet: ‚Erlauben Sie der

³⁷ Bericht des Reichskommissars für die öffentliche Ordnung an das Auswärtige Amt vom 8. 2. 1928, RGVA-OA 772/2/94: 129. Einen entsprechenden Bericht der nach Meinung des Reichskommissars für gewöhnlich gut informierten, linkskommunistischen Zeitung *Der Volkswille* habe die *Rote Fahne* zwar als „groben Schwindel“ bezeichnet, er sei aber durch eine weitere Quelle bestätigt worden.

³⁸ Protokoll Nr. 22 des PB der VKP(b) vom 23. 4. 1928, Pkt. 34, RGASPI 17/162/6: 70.

³⁹ So Adibekov, Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 98.

⁴⁰ Aufzeichnung Krestinskij über das Gespräch mit Reichsaußenminister Curtius vom 5. 3. 1930, abgedruckt in: Sevost'janov, Dukh Rapallo, S. 171–181. Auch der Kriegskommissar und Mitglied des PB des VKP(b) Kliment Voroschilov lehnte es im September 1929 in einem Gespräch mit General von Hammerstein über die deutsch-sowjetische militärische Zusammenarbeit ab, „die III. Internationale oder die Parteien in unsere rein geschäftlichen Beziehungen zu verwickeln“. Zitiert nach: Gorlov, „Sovershenno sekretno“, S. 245.

Komintern, sich in Berlin anzusiedeln', was bei Moltke ein starkes Gelächter hervorrief.⁴¹

Zwar setzte Stalin auf Drängen seiner Diplomaten durch, dass die Sphären von Komintern und Sowjetmacht vordergründig getrennt wurden. Doch dies hieß nicht, dass die bolschewistische Außenpolitik nun weitgehend frei von ideologischen Erwägungen geblieben sei: Sehr zum Leidwesen des NKID zerschlug Stalin trotz seines internen Bekenntnisses zur Rapallo-Politik auch weiterhin sehr viel diplomatisches Porzellan, wenn es ihn drängte, vermeintliche Klassenfeinde im In- und Ausland zu bekämpfen. Auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen nahm er beispielsweise keine Rücksicht, als auf seine Anregung hin im März 1928 die „Shakhty-Affäre“ inszeniert wurde⁴², denn zu den bürgerlichen Facharbeitern, die in diesem Schauprozess wegen „antisowjetischer Sabotage“ angeklagt waren, zählten auch fünf deutsche Vertragsarbeiter.⁴³ Angesichts des beträchtlichen Wirbels, den der Prozess in der deutschen Öffentlichkeit verursachte, drang der damalige sowjetische Botschafter in Berlin, Nikolaj Krestinskij, gegenüber Stalin darauf, zumindest einen der deutschen Angeklagten sofort freizulassen, dessen Unschuld offenkundig war.⁴⁴ Doch ungeachtet der zu erwartenden diplomatischen Komplikationen wies Stalin die Bitte des Botschafters brüsk zurück: Krestinskij solle aufhören, mit den Deutschen weiterhin „Süßholz zu raspeln“, beschied der Generalsekretär dem Botschafter, schließlich suchten die Deutschen doch nur einen Vorwand, um der Sowjetunion die Schuld für einen Abbruch der gerade laufenden Wirtschaftsverhandlungen zuzuweisen.⁴⁵

Die sowjetischen Diplomaten hatten schon früher gereizt auf die als Störmanöver empfundenen Aktivitäten der Komintern reagiert. Im Mittelpunkt der Kritik stand die KPD als größte Sektion innerhalb der Komintern, deren radikale Propaganda dem NKID stets ein Dorn im Auge war. Als jedoch Chicherin und Krestinskij die KPD-Führung deshalb in einem internen Gespräch im Sommer 1927 scharf kritisierten, waren die deutschen Genossen von den Ausführungen der beiden sowjetischen Diplomaten „mächtig verwirrt“, wie Neumann in einem Brief an Stalin zu berichten wusste: Bislang war die KPD-Führung davon ausgegangen, dass die Komintern und die sowjetische Regierung an einem Strang zogen.⁴⁶ Thälmann fühlte sich sogar derart auf den Schlipps getreten, dass er unverzüglich bei Stalin Meldung machte. In einem in Thälmanns Auftrag verfassten Schreiben an den Generalsekretär zeigte sich die deutsche Parteispitze „direkt erschüttert“ vom

⁴¹ Brief Brodovskijs an Litvinov über ein Gespräch mit Moltke vom 21. 5. 1929, AVP RF 082/12/46/6: 24–29, hier: 25.

⁴² Vgl. Protokoll des PB VKP(b) Nr. 14 vom 8. 3. 1929, Beschlüsse vom 3. 3. 1928, Pkt. 18. In der Tagesordnung ist dieser Punkt mit den Worten „Vorschlag von Molotov und Stalin“ aufgeführt, RGASPI 17/162/6: 37.

⁴³ Vgl. Mick, Sowjetische Propaganda, S. 317–326. Als Korrespondent beobachtete Theodor Seibert den Prozess mit eigenen Augen, vgl. den eindrucksvollen Bericht in seinem Buch: Seibert, Das rote Russland, S. 201–215.

⁴⁴ Brief Krestinskij an Stalin und Chicherin vom 17. 3. 1928, RGASPI 558/11/824: 54–61.

⁴⁵ Brief Stalins an Krestinskij vom 21. 3. 1928, RGASPI 558/11/824: 62.

⁴⁶ Brief Neumanns an Stalin vom 14. 7. 1927 (Anschreiben zum Brief von Dengel an Stalin vom 25. 6. 1927 über das Gespräch mit Chicherin und Krestinskij), RGASPI 558/11/776: 21.

Auftritt der sowjetischen Diplomaten – insbesondere über die „fast frivole Art“, mit der diese die „Notwendigkeit der Trennung der Komintern von der Sowjetunion“ propagiert hätten. Die deutschen Kommunisten verlangten von Stalin, die beiden Diplomaten „nachdrücklichst auf ihre Pflichten als Mitglieder des ZK der VKP(b) und der Komintern aufmerksam zu machen“.⁴⁷

Diese Abneigung zwischen Komintern und sowjetischer Diplomatie beruhte auf Gegenseitigkeit. Gegenüber seinen Vertrauten nahm Chicherin kein Blatt vor den Mund, um seine Abneigung gegenüber der kommunistischen Weltbewegung auszudrücken: Nur halb im Scherz schrieb er noch im Juli 1930 in seinem letzten Dienstmemorandum, die Komintern stelle noch vor dem sowjetischen Geheimdienst den wichtigsten der „inneren Feinde“ des NKID dar. Insbesondere auf die „Analphabeten von der KPD“ schaute Chicherin mit unverhohlener Arroganz herab.⁴⁸ Die Mittel im Kampf gegeneinander waren indes dieselben wie die der deutschen Parteispitze: Auch die hohen Diplomaten waren sich nicht zu schade, beim Diktator höchstpersönlich zu intervenieren, wenn es darum ging, die Widersacher zu denunzieren. So stellte Chicherin in einem Brief an Stalin die rhetorische Frage, ob es sich denn lohne, die Beziehungen mit Deutschland dauerhaft zu belasten, nur „um dem Gen[ossen] Thälmann etwas mehr Agitationsmaterial zu liefern“. Im Gegensatz zu Thälmanns unterwürfigem Verhalten besaß Chicherin allerdings den Schneid, Stalin direkt zu kritisieren: „Auf eine Null zu setzen‘ – das ist unfassbar!“⁴⁹

Immer wieder mussten Chicherin und sein Nachfolger Maksim Litvinov eingreifen, um zu verhindern, dass die deutschen Kommunisten die deutsch-sowjetischen Beziehungen störten: Als der Rotfrontkämpferbund Anfang 1929 der Roten Armee ein Flugzeug schenken wollte, erklärte das Politbüro der VKP(b) auf Litvinovs Anraten hin dieses Geschenk für „unzweckmäßig“ und bat die KPD-Führung, zukünftig auf „derartige Schritte“ zu verzichten.⁵⁰ Als Ersatz bot der RFB daraufhin vier Lastkraftwagen an. Das Angebot konnte allerdings nicht verwirklicht werden: Nach dem „Blutmai“ in Berlin notierte ein EKKI-Mitarbeiter auf das Schreiben: „Durch Verbot [des RFB] entfällt diese Angelegenheit.“⁵¹

Allerdings schien der kommunistische Kampfverband der deutschen Partei auf die bolschewistische Führung eine besondere Anziehung auszuüben – selbst als er bereits verboten worden war. So beschloss das Politbüro der VKP(b) Ende Oktober 1930 erst in letzter Minute (erneut, nachdem Litvinov interveniert hatte), „von

⁴⁷ Brief Dengels an Stalin vom 25. 6. 1927, RGASPI 558/11/776: 22. Chicherin und Krestinskij waren keine Mitglieder der Komintern.

⁴⁸ Chicherin, Diktatura jazykocheshushchikh, hier: S. 106, 108.

⁴⁹ Brief Chicherins an Stalin vom 20. 6. 1929, abgedruckt in: Kvashonkin (Hg.), *Sovetskoe rukovodstvo. Peregiska*, S. 75–79, hier: 77f. Vgl. auch den Brief Chicherins an Molotov vom 27. 9. 1929, der in dem gleichen Tenor gehalten ist, abgedruckt in: ebenda, S. 101–103.

⁵⁰ Protokoll Nr. 59 des Politbüros der VKP(b), Entscheidungen vom 10. 1. 1929, Pkt. 15, RGASPI 17/162/7: 26.

⁵¹ Vgl. den Brief des RFB-Vorsitzenden Willy Leow an das Präsidium des EKKI vom 23. 4. 1929, RGASPI 495/293/106: 1.

der Teilnahme der Rotfrontkämpfer an den Oktober-Feierlichkeiten angesichts der besonderen Bedingungen der internationalen Umstände abzusehen“.⁵²

Die kaum gebändigte Antipathie gegenüber den deutschen Kadern – den „Nullen“, „Idioten“ und „Analphabeten“ – reflektiert deutlich Chicherins Ärger, der seine Arbeit durch die Demagogen und Polit-Laien der KPD bedroht sah. Diese Wut auf die deutschen Kommunisten setzte sich auch bei Litvinov fort, der Ende 1932 gegenüber dem damaligen Reichskanzler Kurt von Schleicher bemerkt haben soll, er würde es durchaus verstehen, wenn die KPD in Deutschland so behandelt würde, wie man dies in der Sowjetunion mit den eigenen Staatsfeinden zu tun pflege.⁵³ Es scheint fast so, als hätten Chicherin und Litvinov insgeheim bedauert, dass dies nicht der Fall war.

Die Spannungen zwischen dem Politbüro und dem NKID bezüglich der KPD erreichten ihren Höhepunkt, als 1929 das „Doping“ der Komintern begann, wie sich Chicherin ausdrückte.⁵⁴ Mit dem „Doping“ meinte der Volkskommissar insbesondere die „Sozialfaschismus“-Doktrin, die er Stalin gegenüber unumwunden als „unsinnigen Stuss“ bezeichnete.⁵⁵ Dieses Urteil ist bemerkenswert, wurde die Feindschaft der KPD gegenüber den „Sozialfaschisten“ – insbesondere während der so genannten ultralinken Periode der Komintern zwischen 1928 und 1934 – vorrangig auf die außenpolitischen Vorstellungen Stalins zurückgeführt: Sein Hass auf die SPD habe sich aus der Furcht gespeist, dass diese die privilegierten deutsch-sowjetischen Beziehungen zugunsten eines Bündnisses mit den Westmächten aufgeben.⁵⁶

Ganz falsch ist die Einschätzung nicht: Tatsächlich hatten die sowjetischen Diplomaten beispielsweise schon 1922 keinen Hehl daraus gemacht, dass ihnen die damals bestehende Regierung unter dem Zentrumspolitiker Joseph Wirth lieber war, als eine reine „Arbeiterregierung“ aus SPD und KPD unter Einschluss der „Scheidemänner“. Dies spielte auf den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann an, der den Kommunisten besonders verhasst war, weil er im November 1918 vom Reichstag aus die „bürgerliche“ Republik ausgerufen hatte.⁵⁷ Während die bürgerliche Regierung Wirth mit der Sowjetunion den Rapallo-Vertrag abgeschlossen hatte⁵⁸, lehnten nämlich viele Politiker der SPD dieses Abkommen ab. Aus Sicht der russischen Revolutionäre hatten die deutschen Sozialdemokraten damit erneut belegt, dass sie in das Lager des „Klassenfeindes“ übergegangen waren, als sie am 4. August 1914 im Reichstag die Kriegskredite bewilligten, und nun als „Sozi-

⁵² Protokoll Nr. 13 des PB der VKP(b) vom 25. 10. 1930, Pkt. 15, RGASPI 17/162/9: 52.

⁵³ Vgl. Gespräch Schleichers mit Litvinov am 19. 12. 1932, abgedruckt in: Akten zur deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie B: 1925–1933, Bd. 21, S. 481 f. Bemerkenswerterweise fehlt diese Bemerkung in dem Bericht Litvinovs über sein Gespräch mit Schleicher, abgedruckt in: Sevost'janov, Dukh Rapallo, S. 275 f.

⁵⁴ Chicherin, Diktatura jazykočeshushchikh, hier: S. 108.

⁵⁵ Brief Chicherins an Stalin vom 20. 6. 1929, abgedruckt in: Kvashonkin (Hg.), Sovetskoe rukovodstvo, S. 75–79.

⁵⁶ Vgl. Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 65–96.

⁵⁷ Vgl. Zubachevskij, Politika sovetskoi Rossii v central'noj Evrope, S. 91.

⁵⁸ Vgl. Schieder, Die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrags.

alchavunisten“⁵⁹ den Büttel der imperialistischen Siegermächte des Ersten Weltkrieges spielten. Als die sozialdemokratische Presse 1927 zudem die geheime militärische Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee publik machte⁶⁰ und kaum eine Gelegenheit ausließ, um die Zustände in der Sowjetunion zu kritisieren, verstärkte sich in der sowjetischen Führung der Eindruck, die SPD stehe den Bolschewiki nicht nur skeptisch, sondern feindlich gegenüber. Welche besondere Abneigung Stalin gegen die sozialdemokratische Presse hegte, lässt sich daran ablesen, wie er auf den Antrag des *Vorwärts* vom Herbst 1927 reagierte, einen Korrespondenten in Moskau akkreditieren zu lassen. Stalin beschied, dem Antrag könne nur stattgegeben werden, wenn sich der *Vorwärts* „gegenüber der UdSSR und ihren Vertretern nicht schlechter als eine ‚anständige‘ liberale Zeitung“ verhalte.⁶¹

Nachdem die SPD seit Mai 1928 nach langen Jahren in der Opposition mit Hermann Müller wieder den Reichskanzler stellte, sanken die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf einen Tiefpunkt ab, der bis dahin nicht erreicht worden war.⁶² Insbesondere das Engagement der deutschen Regierung für deutschstämmige Bauern, die 1929/30 vor der Kollektivierung flohen⁶³, lehnte die sowjetische Führung als gezielte Einmischung in innere Angelegenheiten ab und betrachtete dies als Vorwand der deutschen Regierung, um sich der „antisowjetischen Front“ Großbritanniens anzuschließen.⁶⁴

Allerdings dürfte die Regierungsübernahme der Sozialdemokraten auf Reichsebene die deutliche Abkühlung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses im Jahre 1928 lediglich verstärkt, nicht jedoch verursacht haben – genauso wie auch Stalins Hass auf die Sozialdemokratie im Allgemeinen durch die prowestliche Haltung der SPD im Besonderen nur angefacht wurde. Zwei Tatsachen mögen dies verdeutlichen: Erstens hatte die sowjetische Führung den „Shakhty-Prozesses“ nämlich schon angeordnet, *bevor* gut zwei Monate später am 20. Mai 1928 in Deutsch-

⁵⁹ Vgl. W. I. Lenin, Der Krieg und die russische Sozialdemokratie, in: ders., Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 13–21, v. a. S. 15.

⁶⁰ Vgl. Zeidler, Reichswehr und Rote Armee, S. 143–153; Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, S. 198–208; Gorlov, „Sovershenno sekretno“, S. 181–202.

⁶¹ Telegramm Stalins an Krestinskij vom 31. 10. 1927, RGASPI 558/11/35: 82 f.

⁶² Zum gesamten Komplex des Verhältnisses zwischen der SPD und der Sowjetunion in diesen Jahren vgl. insbesondere: Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, S. 240–261. Das Politbüro der VKP(b) ermahnte allerdings die *Izvestija* bereits am 14. 6. 1928, gegenüber der neuen deutschen Regierung Müller einen gemäßigeren Ton anzuschlagen. Siehe Protokoll Nr. 29 vom 14. 6. 1928, Pkt. 9, RGASPI 17/162/6:104.

⁶³ Vgl. Mick, Sowjetische Propaganda, S. 350–379, v. a. S. 356–371. Reichsaußenminister Curtius machte Anfang 1930 die Wiederaufnahme der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen davon abhängig, dass sich die sowjetische Innenpolitik – und zwar insbesondere ihre Haltung zu den deutschstämmigen Bauern – verändere. Vgl. Brief Litvinovs an das Politbüro der VKP(b) über ein Gespräch mit Curtius vom 13. 5. 1930, abgedruckt in: Sevost'janov, Dukh Rapallo, S. 192–196. Zu den Bemühungen der sowjetischen Diplomaten, die bolschewistische Führung in dieser Frage zum Einlenken zu bewegen, vgl. Nokhotovich, Raskulachivali dazhe... inostrancev.

⁶⁴ Beschluss des PB der VKP(b) vom 15. 5. 1930 im Protokoll Nr. 129, Pkt. 8, RGASPI 17/162/8: 151.

land die Reichstagswahl stattfand, aus der die SPD als Siegerin hervorging⁶⁵ – insofern kann der Prozess nicht als Reaktion auf das gestiegene politische Gewicht der deutschen Sozialdemokraten gewertet werden. Und zweitens beschränkte sich Stalins Hass nicht nur auf die prowestliche SPD, sondern traf ausgerechnet auch die britische Labour-Party, die sich nach ihrem Wahlsieg im Jahre 1929 darum bemühte, die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion wiederherzustellen, die ihre konservative Vorgängerregierung abgebrochen hatte.⁶⁶

Obgleich sich also wohl auch die sowjetischen Diplomaten 1928 eine deutsche Regierung ohne Sozialdemokraten gewünscht hätten, so war das für sie kein Grund, die deutsch-sowjetischen Beziehungen derartig zu strapazieren, wie dies Stalin tat. Im Konflikt um die radikalisierte Politik der Komintern gegen die SPD bemühten sich die Vertreter des NKID vielmehr, ihre pragmatische Außenpolitik zu verteidigen. Es war jedoch keineswegs immer ausgemacht, dass sich die Diplomaten durchsetzen konnten.⁶⁷ Ein bezeichnendes Beispiel ist in diesem Zusammenhang das von der KPD im August 1928 initiierte Volksbegehren gegen den von der Regierung Müller beschlossenen Bau des „Panzerkreuzers A“.⁶⁸ Die Komintern sah darin eine hervorragende Gelegenheit, um in Stalins Sinne gegen die frischgebackene Regierungspartei SPD zu agitieren.⁶⁹ Pikanterweise war ausgerechnet für eben diesen Herbst 1928 aber auch der Besuch eines sowjetischen Flottenverbandes im Rahmen der deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit geplant. Obwohl die sowjetischen Diplomaten durch den Flottenbesuch die angespannten deutsch-sowjetischen Beziehungen auflockern wollten, empfahl der sowjetische Botschaftsrat Nikolaj J. Rajvid nach einem Gespräch mit der KPD-Führung, den Flottenbesuch zu verschieben, da dieser sonst „unzweifelhaft von den Sozialdemokraten gegen die Kommunisten verwendet würde“.⁷⁰

Dieser Rückzieher muss für die sowjetischen Diplomaten schmerzlich gewesen sein, denn für sie hatte die militärische Zusammenarbeit eindeutig Vorrang vor den Aktivitäten der Komintern. Offensichtlich waren sie sich aber unsicher, ob Stalin dies nach dem Regierungsantritt der Sozialdemokraten auch so sah, oder ob für ihn die Propaganda der KPD nicht doch Priorität genoss. Krestinskij versuchte dem Generalsekretär deshalb im Dezember 1928 die Fortführung der Militärprojekte mit dem Argument schmackhaft zu machen, dass sich die deutschen

⁶⁵ Vgl. dazu jetzt die entsprechenden Dokumente des PB VKP(b) und Stalins aus dem Zeitraum zwischen dem 1.3. und dem 10. 5. 1928 in: Khaustov (Hg.), *Lubjanka. Stalin i VChK-GPU-OGPU-NKVD*, S. 147–156, 163 f.

⁶⁶ Vgl. dazu Brief Stalins an Molotov vom 29. 8. 1929, abgedruckt in: Koshelova (Hg.), *Pis'ma Stalina*, S. 154–158. Im Mai 1929 hatte Stalin in einem Brief an Chicherin noch anerkannt, dass es für die Sowjetunion von „gewaltiger Bedeutung“ wäre, wenn die Konservativen in Großbritannien die Wahl verlören: Brief Stalins an Chicherin vom 31. 5. 1929, abgedruckt in: Kvashonkin (Hg.), *Sovetskoe rukovodstvo*, S. 74.

⁶⁷ Vgl. dazu: Watson, *The Politburo and Foreign Policy in the 1930s*.

⁶⁸ Zum Verlauf und Ergebnis der Kampagne vgl. Jung, *Direkte Demokratie*, und den Bericht der KPD über die Panzerkreuzerkampagne für die Organisationsabteilung des EKKI vom 1. 12. 1928, RGASPI 495/25/486: 23–62.

⁶⁹ Brief Petrovskij an Pjaticnikij vom 17. 10. 1928, RGASPI 495/47/10: 64 f.

⁷⁰ Gorlov, „Sovershenno sekretno“, S. 257 f. Der Flottenbesuch fand erst im Spätsommer 1929 statt.

Arbeiter längst „an den Gedanken unserer militärischen Zusammenarbeit [mit Deutschland] völlig gewöhnt“ hätten, und die Sowjets zudem immer beweisen könnten, „dass wir die Gewinner dieser Zusammenarbeit sind [...]. Und für jeden Arbeiter wird dies doch der ausschlaggebende Punkt sein.“⁷¹

Neben diesen Versuchen, selbst der militärischen Zusammenarbeit ein revolutionäres Flair zu verpassen, bemühten sich einige Diplomaten auch manchmal, die Verfolgungsparanoia der bolschewistischen Führung etwas zu dämpfen, die diese aufgrund der „antisowjetischen Pressekampagnen“ in Deutschland hegte, indem sie auf die unterschiedliche politische Kultur in Deutschland aufmerksam machten: Chicherin hielt es im Zusammenhang mit den empörten Berichten deutscher Zeitungen über den „Shakhty-Prozess“ im Juli 1928 für nötig, die bolschewistische Führung darauf hinzuweisen, dass die Presse in Deutschland anders als in der Sowjetunion nicht durch die Regierung gesteuert werde⁷², und ein Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Berlin gab ein Jahr später zu bedenken, nicht jeder kritische Bericht einer deutschen Zeitung über die Sowjetunion sei als Kommuniké der Regierungspartei SPD oder Teil einer koordinierten Kampagne zu betrachten: Die Mehrzahl der Artikel werde von Journalisten geschrieben, die schlicht eine bestimmte Anzahl von Zeilen füllen müssten.⁷³

Die Forschung ging lange davon aus, dass die Komintern Ende der 20er Jahre nur noch als außenpolitisches Instrument der sowjetischen Führung diene. Die Differenzen zwischen NKID und Politbüro über die KPD und insbesondere die „Sozialfaschismus“-Doktrin zeigen hingegen, dass die sowjetischen Diplomaten dies häufig ganz anders wahrnahmen: Sie fürchteten vielmehr, Stalin könnte die sowjetische Außenpolitik den Interessen der Komintern unterordnen⁷⁴ – und wie wir gesehen haben, hatten sie damit nicht immer ganz unrecht. Die beträchtlichen Spannungen, die zwischen Berufsdiplomaten und Parteiführern bestanden, kommen am deutlichsten in den Briefen Chicherins zum Ausdruck, der angesichts des Kurses der Komintern im Jahre 1929 davor warnte, „mit aller Kraft die Beziehungen zu Deutschland“ zu ruinieren.⁷⁵

Chicherin sah in Stalin wohl ganz zutreffend einen Gefangenen seiner Ideologie, der, abgeschnitten von unabhängigen Informationen, den Bezug zur Außenwelt verloren hatte.⁷⁶ Rikke Haue hat in ihrer Untersuchung über die Kontakte

⁷¹ Vgl. Brief des Botschafters der UdSSR in Deutschland, Nikolaj N. Krestinskij, an Stalin vom 28. 12. 1928 und den Brief Krestinskij an Kliment E. Voroschilov vom 21. 7. 1929, abgedruckt in: Gorlov, Geheimsache Moskau – Berlin, S. 154–165. (Der Brief Krestinskij an Stalin findet sich im Original im RGASPI 558/11/755: 4–11.)

⁷² Brief Chicherins an das Politbüro der VKP(b), das Kollegium des NKID und den Chef der OGPU Menzhinskij vom 18. 7. 1929, abgedruckt in: Khaustov (Hg.), Lubjanka. Stalin i VChK-GPU-OGPU-NKVD, S. 175–177.

⁷³ Vgl. Brief Brodovskij an Stern vom 16. 9. 1929, AVP RF 082/12/46/6: 60f.

⁷⁴ Vgl. den Brief Chicherins an Stalin und Rykov vom 3. 6. 1927, zitiert nach: G. N. Sevost'janov, Predislovie, in: ders., Dukh Rapallo, S. 6.

⁷⁵ Brief Chicherins an Rykov, o.D. [nach dem 21. 9. 1929], abgedruckt in: Kvashonkin (Hg.), Sovetskoe rukovodstvo, S. 103f. (Zitat); Brief Chicherins an Stalin vom 20. 6. 1929, abgedruckt in: ebenda, S. 75–79.

⁷⁶ Für die Bedeutung solcher „kognitiver Strukturen“ im Bereich der sowjetischen Außenpolitik vgl. Hopf, Social Construction of International Politics.

der sowjetischen Botschaft mit ihren Moskauer Vorgesetzten konstatiert, dass die Spitzenfunktionäre der stalinistischen Führung das westliche Ausland kaum kannten. Aufgrund fehlender praktischer Anschauung oder alternativer Theorien sahen sie die Welt durch ideologische Brillengläser – und die, so schreibt Haue, „waren zu dieser Zeit sehr dick“.⁷⁷ Tatsächlich lebten die sowjetischen Spitzenfunktionäre zunehmend abgehoben in selbstgeschaffenen Vorstellungswelten, in denen sich ihre marxistischen Grundeinstellungen mit den Erfahrungen aus der Zeit des russischen Bürgerkrieges und im Falle Stalins und seiner Gefährten zudem aus den Jahren der gewaltsamen Sowjetisierung der südlichen Peripherie des sowjetischen Imperiums vermengten und verselbstständigten.⁷⁸ Diese Erfahrungen hatten ihre Wahrnehmungsweise derartig geprägt, dass sie die Welt gar nicht mehr anders sehen konnten, denn als Ort, an dem ständig ein Kampf um Leben und Tod ausgefochten werden *musste*.⁷⁹ In gewisser Weise lassen sich hier Züge eines selbstreferentiellen Systems erkennen, denn die Untergebenen Stalins wussten, was der Diktator hören wollte. Wenn man sich die Berichte der bolschewistischen Parteikader und des sowjetischen Geheimdienstes über die Lage im Lande ansieht, begegnet man einem immer schneller anwachsenden Berg von Mitteilungen über „konterrevolutionäre Organisationen“, vermeintliche Angriffspläne ausländischer Mächte und „Schädlingstätigkeit“.⁸⁰ Stalin, der tagtäglich mit solcherlei Informationen überschüttet wurde, dürfte Probleme damit gehabt haben, Abstand von diesen Berichten zu bekommen und sich zu vergegenwärtigen, dass die Geheimdienstler ihm möglicherweise einfach nach dem Mund schrieben.⁸¹

Chicherin war sich dieses Problems bewusst und er wusste auch, dass dies nicht nur die Sicht des Diktators auf die sowjetische Innenpolitik trübte, sondern vor allem dessen Sicht auf das Ausland. Mit dem Hinweis auf die Entwicklung in Deutschland empfahl der Volkskommissar dem sowjetischen Generalsekretär deshalb im Juni 1929: „Wie gut wäre es, wenn Sie, Stalin, inkognito für einige Zeit ins Ausland führen, mit einem guten Übersetzer, nicht mit einem tendenziellen. Sie sähen die Wirklichkeit. [...] Der empörte Unsinn der *Pravda* stünde in seiner ganzen Nacktheit vor Ihnen.“⁸²

Aufgrund dieser unterschiedlichen Wahrnehmungsweisen entfremdeten sich die Diplomaten des NKID und die Funktionäre des stalinistischen Politbüros zunehmend voneinander. Chicherins Nachfolger im Amt des Außenkommissars, Maksim Litvinov, drückte diese Tatsache auch ganz offen aus: Offenherzig bekundete Litvinov im September 1931 den Mitgliedern des sowjetischen Politbüros,

⁷⁷ Haue, Room for Discussion, S. 174.

⁷⁸ Dazu v. a. Baberowski, Der Feind ist überall.

⁷⁹ Vgl. die Dokumente in: Getty (Hg.), *The Road to Terror*.

⁸⁰ Vgl. die entsprechenden Dokumente in: Khaustov (Hg.), Lubjanka. Stalin i VChK-GPU-OGPU-NKVD, sowie die Monatsberichte der jeweiligen sowjetischen Inlandsgeheimdienste über die Lage in der Sowjetunion, die nun in einer großen Ausgabe veröffentlicht werden. Zuletzt ist erschienen: Sakharov, „Sovershenno secretno“. Lubjanka – Stalinu, Bd. 6 (1928).

⁸¹ Vgl. dazu: Andrew, *Stalin and Foreign Policy*, v. a. S. 75–77.

⁸² Brief Chicherins an Stalin vom 20. 6. 1929, abgedruckt in: Kvashonkin (Hg.), *Sovetskoe rukovodstvo*, S. 75–79.

dass sie von Außenpolitik keine Ahnung hätten⁸³, was für Kaganovich, der Stalin erst wenige Tage zuvor mitgeteilt hatte, Litvinov sei völlig von seiner eigenen Größe eingenommen⁸⁴, wie eine Bestätigung seines Urteils wirken musste. Später hörte Litvinovs Tochter mehrmals, wie der Außenkommissar während seiner Telefonate mit Molotov immer wütender wurde und schließlich „Durak!“ (Idiot) in den Hörer brüllte.⁸⁵ Wenn Litvinov daher im Juli 1931 dem britischen Botschafter versicherte, seine realpolitische und revolutionspessimistische Haltung werde von „höherer Stelle“ – also von Stalin – geteilt⁸⁶, so war eine solche Aussage eher dazu gedacht, den Westen zu beruhigen, als dass sie eine tatsächliche Übereinstimmung zwischen NKID und Politbüro ausdrückte.

Die Abneigung und Entfremdung zwischen der bolschewistischen Führung und den sowjetischen Diplomaten beruhte – wie die zwischen den Mitarbeitern des NKID und den Funktionären der KPD – auf Gegenseitigkeit. Schon Stalins Ärger darüber, dass Krestinskij mit den Deutschen im Sommer 1928 „Süßholz raspelte“, lag wesentlich darin begründet, dass dem sowjetischen Diktator die Gepflogenheiten des diplomatischen Dienstes suspekt waren: In seinen Augen fraternisierten die sowjetischen Diplomaten bereits mit dem Klassenfeind, indem sie auf die Spielregeln und Sprachregelungen des diplomatischen Corps eingingen. Wie gegen alle Fachleute hegte der Diktator daher auch gegen die sowjetischen Diplomaten den pauschalen Verdacht, sie könnten das „Endziel“ bolschewistischer Politik aus den Augen verlieren und der „Rechtsabweichung“ verfallen. Schon 1926 hatte Stalin über den damaligen sowjetischen Botschafter in China, Lev Karakhan, geurteilt, dieser sei für das „nächste“ Stadium der chinesischen Revolution ungeeignet. Karakhan sei, so schrieb Stalin damals an Molotov, „ein oberflächlicher und beschränkter Mensch (im Sinne eines revolutionären Horizontes)“.⁸⁷ Auch in einem Konflikt mit Litvinov über im Sommer 1929 laufende Verhandlungen mit der britischen Regierung warf Stalin den sowjetischen Diplomaten vor, die revolutionäre Seite der Außenpolitik zu ignorieren. Das Politbüro hingegen müsse „all das berücksichtigen“, schrieb Stalin dazu an Molotov.⁸⁸

Es dürfte nicht überraschen, dass das NKID von allen Volkskommissariaten schließlich den höchsten Opferanteil des stalinistischen Terrors aufzuweisen hatte – die Diplomaten hatten eine „zu bourgeoise“ Einstellung bewiesen.⁸⁹ Bemer-

⁸³ So die Notizen von Litvinovs Stellvertreter, Lev Karakhan, über die Sitzung des PB der VKP(b) vom 20. 9. 1931, zitiert nach: Ken, Politburo CK VKP(b) i otnoshenija SSSR, S. 264 f.

⁸⁴ Brief Kaganovichs an Stalin vom 16. 9. 1931, abgedruckt in: Khlevnjuk (Hg.), Stalin i Kaganovich, S. 105–108.

⁸⁵ So Haslam, Litvinov, Stalin and the Road Not Taken, S. 57 mit Bezug auf ein persönlich geführtes Interview mit Tatjana Litvinova.

⁸⁶ Bericht des britischen Botschafters in Moskau, Overy, über ein Gespräch mit Litvinov vom 27. 7. 1931, zitiert in: Haslam, Soviet Foreign Policy, S. 58.

⁸⁷ Brief Stalins an Molotov vom 23. 9. 1926, abgedruckt in: Koshelova (Hg.), Pis'ma Stalina, S. 94 f.

⁸⁸ Brief Stalins an Molotov vom 29. 8. 1929, abgedruckt in: Koshelova (Hg.), Pis'ma Stalina, S. 154–158.

⁸⁹ Vgl. Knoll, Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, S. 148–153; Watson, The Politburo and Foreign Policy in the 1930s, S. 157–159.

kenswert ist jedoch, dass ausgerechnet Litvinov selbst, über den sich Stalin besonders mokiert hatte, nicht den „Säuberungen“ der 30er Jahre zum Opfer fiel. Molotov konnte sich dies im Rückblick auch nicht erklären: Einige Jahrzehnte später erzählte er im Gespräch mit Feliks Chuev, der Außenkommissar sei innerlich „verfault“ gewesen und habe eigentlich nur durch Zufall überlebt.⁹⁰

Der zuletzt zitierte Brief Stalins an Molotov gewährt aber nicht nur Einblick in die Spannungen zwischen Politbüro und NKID, er enthält auch einen entscheidenden Hinweis, warum Stalin zu Gunsten der Komintern immer wieder die eigentliche außenpolitische Vertretung der UdSSR desavouierte.

Der inhaltliche Streitpunkt zwischen Litvinov und Stalin im Sommer 1929 war die Frage, wie die sowjetische Regierung auf das Angebot der neuen britischen Labour-Regierung reagieren sollte, die diplomatischen Beziehungen wiederherzustellen. Stalin bestand im Gegensatz zum NKID darauf, dass dies ohne Vorbedingungen geschehen müsse. Seine unnachgiebige Haltung in dieser Frage betrachtete er als ein Mittel, um die Labour-Regierung zu „entlarven“. Dies werde helfen, so wurde Molotov durch Stalin belehrt, die Arbeiter in Westeuropa „im Geiste des Antireformismus zu erziehen“.⁹¹ Dieser Gedanke war auch die ausschlaggebende Ursache für seinen Hass auf Sozialisten und Sozialdemokraten – er betrachtete sie (unabhängig von ihrer jeweiligen außenpolitischen Einstellung) als Bremschuh der revolutionären Entwicklung. Schon 1923 hatte er nach dem gescheiterten Aufstand der KPD in einem Brief an Grigorij Pjatakow über die Sozialdemokratie geschrieben:

„Wenn Il'ich [Lenin] in Deutschland wäre, würde er – glaube ich – sagen, dass die Sozialdemokraten die Hauptfeinde der Revolution sind, vor allem ihr linker Flügel, d. h. ihr am weitesten linker Flügel, der noch nicht das Vertrauen der Arbeiter verloren hat, der Zweifel, Schwanken, Unsicherheit in die Reihen der Proletarier hineinträgt und auf diese Weise die Möglichkeit eines umfassenden Kampfes durchkreuzt.“⁹²

Ein „erfolgreicher Kampf des Proletariates um seine Befreiung von den Ketten des Kapitalismus“ sei unmöglich, ehe die Arbeiter vom „Einfluss der Sozialdemokratie“ befreit seien, so fügte Stalin noch 1931 eigenhändig in die Thesen des XI. EKKI-Plenums ein.⁹³ Wenn Stalin Ende 1927 auf dem XV. Parteitag prophezeite, Europa stehe ein „neuer revolutionärer Aufschwung“ ins Haus⁹⁴, so gab er daher keineswegs lediglich „Durchhaltepropaganda für sowjetische innenpolitische Zwecke“ von sich.⁹⁵ Wie Stalins „private“ Briefe an seine Gefährten belegen, sprach er hier vielmehr aufgrund seiner Überzeugung als Berufsrevolutionär. Daher spielte diese Prägung auch beim Kampf gegen die „rechte Abweichung“ in den Jahren 1928/29 durchaus eine gewichtige Rolle. In der Sitzung des EKKI-Präsidiums vom 15. Mai 1929 zur „amerikanischen Frage“ brachte Stalin seine revoluti-

⁹⁰ Gespräch Molotovs mit Feliks Chuev, zitiert nach: Molotov remembers, S. 67, 69.

⁹¹ Brief Stalins an Molotov vom 29. 8. 1929, abgedruckt in: Koshelova (Hg.), *Pis'ma Stalina*, S. 154–158.

⁹² Brief Stalins an Pjatakow vom 8. 11. 1923, RGASPI 558/11/785: 23–26, hier: 23 f.

⁹³ Zitiert nach: Firsov, *Stalin und die Komintern*, S. 103.

⁹⁴ Vgl. seinen „Politischen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees“ vom 3. 12. 1927, in: Stalin, *Werke*, Bd. 10, S. 235–252, hier: S. 248.

⁹⁵ Weingartner, *Kommunistische Internationale*, S. 236.

onsoptimistische Auffassung auf den Punkt: Er forderte, alle Funktionäre aus den Parteien auszuschließen, die nicht an den revolutionären Aufschwung in den kapitalistischen Ländern glaubten. Andernfalls könne man sich nämlich bei der Vorbereitung der Revolution verspäten, „sich [zu] verspäten würde aber bedeuten, von einer kommenden revolutionären Krise überrascht zu werden“.⁹⁶

Stalins politische Konzeption gegenüber anderen Staaten lässt sich somit nicht angemessen als Folge eines Widerstreites von „konventioneller“ Machtpolitik und ideologisch geprägtem Denken erfassen, in dem er sich schließlich für die Machtpolitik entschieden habe⁹⁷: Die Existenz der Sowjetunion wollte Stalin zwar nicht aufs Spiel setzen, doch wie unter anderem sein Brief an Molotov über die Verhandlungen mit der Labour-Regierung zeigt, sollte sich auch die herkömmliche Diplomatie von revolutionären Erwägungen leiten lassen. Ebenso wichtig wie die klassische Außenpolitik war dem Diktator, die ausländischen Arbeiterbewegungen zu beeinflussen – nicht nur, um sie als „fünfte Kolonne“ einzusetzen, sondern auch, um diese von der sozialdemokratischen Versuchung fernzuhalten und auf diese Weise die notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche proletarische Revolution zu schaffen. Aus diesem Grund war Stalin offensichtlich zuweilen entweder nicht willens oder nicht in der Lage, eine einheitliche außenpolitische Linie vorzugeben. Seine ideologischen Prämissen waren mit den Herausforderungen diplomatischer Realpolitik nur bedingt in Deckung zu bringen.

Noch verwirrender gestaltet sich aber das Bild vom Verhältnis zwischen sowjetischer Außenpolitik und weltrevolutionärer Zielsetzung, wenn wir jetzt noch einmal einen Blick auf das Innenleben der Führungsetagen der Komintern und KPD werfen und beobachten, wie dort diese Frage behandelt wurde. Eine solche Perspektive offenbart das eigentümliche Dilemma, in dem die Berufsrevolutionäre steckten, die täglich von Revolutionen und bewaffneten Aufständen redeten und schrieben, aufgrund der internationalen Lage vorerst aber in einer permanenten und somit ermüdenden Lauerstellung verharren mussten.

Eine Schlüsselstellung nahmen Manuilskij und Pjatnickij ein, die zwei wichtigsten Mitglieder der obersten Führungsspitze des EKKI, von denen seit Anfang 1931 jeweils einer an den Sitzungen des Politbüros der VKP(b) teilnahm, um die „tägliche Verbindung“ zwischen der Komintern und dem Kreml zu gewährleisten.⁹⁸ Nach dem, was in den obigen Absätzen über die Spannungen zwischen Stalin und dem NKID gesagt worden ist, hätte man von ihnen nun eigentlich eine betont klassenkämpferische Einstellung erwarten können. Doch auf dem XI. EKKI-Plenum im April 1931 hielten sie es für notwendig, dem revolutionären Überlieferer der KPD einen Dämpfer zu verpassen, nachdem Neumann kurz zuvor in der *Roten Fahne* behauptet hatte, die proletarische Revolution sei in der gegenwärtigen Situation nicht nur möglich, sondern unausweichlich geworden.⁹⁹

⁹⁶ Zitiert nach: Schirinja, *Der Kampf in der Komintern*, S. 743.

⁹⁷ Eine solche Position wurde v. a. vertreten von: Deutscher, *Stalin*, S. 495–529. Ähnlich auch: Weingartner, *Kommunistische Internationale*, S. 236.

⁹⁸ Protokoll Nr. 25 des PB der VKP(b) vom 27. 1. 1931, Beschluss vom 5. 1. 1931, RGASPI 17/3/812: 10.

⁹⁹ Heinz Neumann, *Es lebe die Kommune*, in: *Die Rote Fahne* vom 18. 3. 1931. Vgl. auch

Nachdem sich die KPD-Funktionäre während eines internen Gespräches mit den sowjetischen Genossen nicht davon überzeugen ließen, zukünftig etwas weniger revolutionär aufzutreten, brachen diese die übliche Harmoniekulisse auf, um in der Schlussitzung des XI. EKKI-Plenums am 6. April 1931 einen „öffentlichen Kampf mit der deutschen Delegation“ zu führen, wie sich Pjatnickij später ausdrückte.¹⁰⁰ Manuilskij warnte die deutschen Kommunisten vor dem versammelten Plenum, nicht nur darauf zu achten, ob eine Revolution in Deutschland aufgrund der *dortigen* Klassenverhältnisse möglich sei, sondern auch, welche Auswirkungen eine solche Revolution auf die Stellung der *Sowjetunion* habe. Jede revolutionäre Bewegung in Mitteleuropa, so mahnte er, werde einen gesamteuropäischen Krieg auslösen: „Heute kann keine einzige kommunistische Partei sich großen Perspektiven stellen, wenn sie die UdSSR ignoriert.“¹⁰¹

Manuilskij hatte sich jedoch wahrscheinlich nicht ausgemalt, was diese Ermahnungen bewirken würden. Nur wenige Monate später – Anfang August 1931 – traf sich nämlich Werner Hirsch mit Joseph Wirth, der inzwischen als Reichsinnenminister amtierte, um diesem „eine gewisse Desinformation über die Absichten der Kommunistischen Partei zuzuspielen.“ Hirschs Gesprächstaktik bestand darin, wie er dem EKKI voller Stolz in einem schriftlichen Bericht schilderte, „dem Innenminister und seinen engeren Mitarbeitern die Überzeugung beizubringen, dass die KPD für längere Zeit keine revolutionären Absichten habe, dass sie als Termin für ihre Machtergreifung frühestens das Jahr 1933 ansehe“. Der deutsche Funktionär hatte sich offensichtlich von Manuilskijs Rede auf dem EKKI-Plenum inspirieren lassen, denn er setzte Wirth auseinander, diese Zurückhaltung der KPD ergebe sich „einmal aus innenpolitischen Erwägungen, zum anderen aus internationalen Erwägungen (deutsche Revolution bedeutet Intervention gegen die Sowjetunion, also Störung des Fünfjahrplanes)“. Überhaupt sei es so, „dass die KPD an bewaffnete Aktionen nicht denke und sich nicht einmal irgendwie mit der Frage der Bewaffnung überhaupt beschäftige“. Hirsch hielt in seinem Bericht fest, „dass Wirth Mitteilungen dieser Art mit großer Befriedigung aufnahm“.¹⁰²

In der Komintern jedoch sorgte der Bericht Hirschs für große Aufregung, denn die Bolschewiki sahen nun das Bild der Sowjetunion in der deutschen Arbeiterschaft gefährdet. Im „Auftrag unserer nächsten Freunde“ (also von Manuilskij und Pjatnickij) verfasste Knorin einen vertraulichen Brief an Thälmann, in dem er

den von ihm verfassten Leitartikel der Roten Fahne vom 2. 12. 1930, in dem dieser Gedanke bereits auftaucht.

¹⁰⁰ Pjatnickij in der Sitzung der PK vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 89–98, hier: 90. Offensichtlich handelte es sich bei dem erwähnten Gespräch um ein informelles Treffen, denn Unterlagen darüber haben sich bislang nicht finden lassen.

¹⁰¹ Schlusswort Manuilskijs auf dem XI. EKKI-Plenum am 6. 4. 1931, hier zitiert nach: Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 53.

¹⁰² Hirsch hat zwei Berichte über dieses Treffen geschrieben, die sich nur stilistisch unterscheiden und aus denen die Zitate entnommen wurden. Der erste Bericht hat sich in den Akten der deutschen Vertretung erhalten. „Das Verbot der Roten Fahne und die Frage des Parteienverbotes“ vom 5. 8. 1931, RGASPI 495/293/117: 57–60, hier: 58f., der zweite Bericht wird im Brief Knorins an Thälmann vom 15. 9. 1931 zitiert, RGASPI 495/19/524: 22.

diesen „ganz privatim auf einige Dinge“ aufmerksam machte, „die uns gefährlich und unzulässig dünken“. Weil dieser Brief wie kaum ein anderes Dokument den Zwiespalt dokumentiert, in dem sich die Komintern befand, soll daraus etwas ausführlicher zitiert werden:

„Die Äußerung, dass die deutsche Revolution die Intervention bedeutet und die Partei deshalb nicht beabsichtige, den Kampf zuzuspitzen, halten wir für grob opportunistisch und fast sozialdemokratisch. Wir machten niemals ein Geheimnis daraus, dass die U[d]SSR, ebenso wie das Proletariat Deutschlands, an dem möglichst raschen Sieg der deutschen Arbeiter über ihre Unterdrücker interessiert ist. Die Äußerung von Hirsch ist eine Verleumdung des sowjetrussischen Proletariats, die einem Bolschewiken nicht zu Gesicht steht. Die Äußerung von Hirsch ist eine Wiederholung der menschewistischen Verleumdung, dass die U[d]SSR die Komintern ‚zu Zwecken ihrer Außenpolitik‘ ausnütze und deshalb sowohl für die KPD, als auch für die U[d]SSR und für die Komintern doppelt schädlich. [...] In der feindlichen Presse wird bereits dieselbe Version moussiert, dass die KPD es im Interesse der Erfüllung des Fünfjahresplanes der U[d]SSR nicht auf die Revolution ankommen lassen werde. Sollten dieses Gerücht der Partei nahestehende Leute in Umlauf gesetzt haben, so muss gesagt werden, dass man der Sache der proletarischen Revolution keinen schlimmeren Dienst als diesen erweisen kann. Würden die Proletarier wirklich einer derartigen Verleumdung der Partei und der Komintern Glauben schenken, so müssten sie beiden den Rücken kehren.“¹⁰³

Letztlich war Knorins Argumentation folgerichtig – sie stand aber im Widerspruch zu den (veröffentlichten) Mahnungen Manuilskijs, der sich auf dem XI. EKKI-Plenum in kaum verhüllter Form gegen einen zu großen Revolutionsoptimismus ausgesprochen hatte, von dem er befürchtete, er könne eine zu starke Eigendynamik entwickeln. Bezeichnenderweise waren ähnlich „verleumderische“ Äußerungen wie die von Hirsch auch aus dem Mund von Litwinov zu hören, der nur wenige Tage zuvor dem britischen Botschafter in Moskau ebenfalls versichert hatte, dass die Sowjetunion momentan keine Revolution im Ausland anstrebe, weil sie vollständig mit dem inneren wirtschaftlichen Aufbau beschäftigt sei.¹⁰⁴

Der Widerspruch in den Aussagen Knorins und Manuilskijs offenbarte zum einen die Friktion, die innerhalb der Kominternführung zwischen Hardlinern und Realpolitikern bestand, und zum anderen das unauflösbare Dilemma, vor dem die Kommunisten standen und mit dem wir uns im sechsten Kapitel eingehender beschäftigen werden: Als Revolutionäre mussten sie sich zum Ziel des gewaltsamen Umsturzes der bestehenden Ordnung bekennen, auch wenn ihnen bewusst war, dass dieser in der gegenwärtigen, nichtrevolutionären Zeit nicht durchführbar war. Dieses Bekenntnis war aber nicht nur notwendig, um nach außen glaubwürdig zu bleiben. Ebenso wichtig war dieses Bekenntnis für das eigene Selbstverständnis. An der Illusion, dass KPD und Komintern mit aller Kraft auf die Revolution hinarbeiteten, durfte deshalb auch in einem so vertraulichen Brief wie dem von Knorin an Thälmann nicht gerüttelt werden. Die Komintern hatte sich somit gründlich in den selbstgelegten ideologischen Fallstricken verheddert. Vom Ziel der Revolution konnten und wollten die Kommunisten nicht Abschied nehmen, wenn sie Kommunisten bleiben wollten.

¹⁰³ Brief Knorins an Thälmann vom 15. 9. 1931, RGASPI 495/19/524: 22.

¹⁰⁴ Bericht des britischen Botschafters in Moskau, Overy, über ein Gespräch mit Litwinov vom 27. 7. 1931, zitiert in: Haslam, *Soviet Foreign Policy*, S. 58.

3. Im Sande verlaufen

Der Eifer der obersten KPD-Kader, sich mit der Sowjetunion zu identifizieren und die sowjetischen Interessen in ihr Denken einzuweben, ließ bereits bei mittleren Funktionären merklich nach. Am besten lässt sich dies an drei Kampagnen verdeutlichen, die 1928 von der Komintern initiiert wurden. Dies waren erstens die Kampagne für den „sozialistischen Wettbewerb“ zwischen kommunistischen Betriebszellen in Deutschland und in der Sowjetunion, die die deutsche Arbeiterschaft stärker mit den sowjetischen „Klassenbrüdern“ verbinden sollte, zweitens die jährliche, europaweite Antikriegskampagne der Komintern, die auf die Mobilisierung der westeuropäischen Arbeiter gegen die angeblich drohende Intervention der kapitalistischen Mächte gegen die Sowjetunion abzielte, und drittens die Kampagnen gegen vermeintliche „Schädlinge“, d. h. gegen angebliche in- und ausländische Saboteure und Spione, die gegenüber den westlichen Arbeitern die repressiven Maßnahmen des sowjetischen Regimes rechtfertigen sollten.¹⁰⁵

Der „sozialistische Wettbewerb“ war in der Sowjetunion im Zuge der forcierten Industrialisierung eingeführt worden, um anstelle des fortgefallenen marktwirtschaftlichen Anreizes einen gewissermaßen sportlichen Wettkampf zu setzen und so die Arbeiter zu einer höheren Produktivität anzuregen. Herausragenden Arbeitern wurde der Ehrentitel eines „Stoßarbeiters“ verliehen.¹⁰⁶

Seit Mitte 1929 plante die Komintern, den „sozialistischen Wettbewerb“ im internationalen Maßstab anzuwenden. Walter Ulbricht machte sich als deutscher Vertreter beim EKKI voller Eifer sofort Gedanken darüber, welche konkreten Aufgaben im Rahmen eines Wettbewerbes zwischen deutschen und sowjetischen Kommunisten zu erfüllen seien. Das war kein geringes Problem, denn während sich die sowjetischen Arbeiter um die Erfüllung des Fünfjahrplanes bemühen sollten, konnten sich die deutschen Kommunisten schwerlich dafür engagieren, die Produktion in ihren kapitalistischen Betrieben zu steigern. Den deutschen Kommunisten waren daher nach Vorstellung des deutschen Vertreters „Aufgaben in bezug auf Mitglieder- und Pressewerbung, [die] Arbeit auf dem Lande usw.“ zu stellen. Möglich sei auch, Geld für einen Arbeitskampf in einem anderen Lande oder für den „Bau eines Traktors oder Flugzeuges für die USSR (gemeinsame Aufgabe mehrerer Betriebe)“ sammeln zu lassen.¹⁰⁷ Offenkundig hatte Ulbricht vergessen, wie die Versuche des RFB geendet hatten, der Sowjetunion ein Flugzeug oder Lastautos zu schenken.

Die deutsche Parteiführung stand mit ihrem Engagement wieder einmal an der Spitze der Bewegung, denn die Praxis des „sozialistischen Wettbewerbes“ wurde

¹⁰⁵ Zu dem Rechtfertigungsdrang Stalins vgl. z. B. sein Gespräch mit Henri Barbusse vom 16. 9. 1927, in dem es unter anderem um die Erschießung von Geiseln nach dem Mord an dem sowjetischen Botschafter in Warschau im Jahre 1927 geht, RGASPI 558/11/699: 1–19, hier v. a.: 14 f.

¹⁰⁶ Vgl. Schröder, Industrialisierung und Parteibürokratie, S. 108–120. Mitte der 30er Jahre wandelte sich die „Stoßarbeiter“-Bewegung zur „Stakhanov-Bewegung“ und war mit starken materiellen Anreizen verbunden.

¹⁰⁷ Brief Ulbrichts an Sekretariat des ZK der KPD vom 29. 8. 1929, RGASPI 495/292/44: 168 f.

erst Anfang 1933 in breitem Maßstab von der Komintern angewandt.¹⁰⁸ Doch die unausgeregten Überlegungen Ulbrichts trafen weder bei den sowjetischen noch bei den deutschen Arbeitern auf Begeisterung – war es doch überdeutlich, dass bei einem solchen „Wettbewerb“ der Vergleichsmaßstab fehlte, um einen Sieger festzustellen. Wie viel Mitglieder hätten KPD-Funktionäre beispielsweise anwerben müssen, um eine Tonne sowjetischen Stahles aufzuwiegen? Zudem waren die sowjetischen Betriebe weniger an einer höheren Abonnentenzahl kommunistischer Zeitschriften in Deutschland interessiert, sondern vielmehr an konkreten Hilfen bei der Produktionssteigerung: „Die Leistung technischer Hilfe ist so gedacht“, berichtete Heckert, der Nachfolger Ulbrichts auf dem Posten des KPD-Vertreters, über die sowjetischen Wünsche nach Berlin, „dass die [deutschen] Arbeiter in Briefen Produktionsvorgänge, Produktionseinrichtungen beschreiben, dass sie evtl. auch aus ihrer Mitte befähigte Genossen nach hier delegieren, die spezielle Kenntnisse den russischen Arbeitern übermitteln“.¹⁰⁹ Faktisch war dies der Versuch, die deutschen Kommunisten zur Werksspionage zu veranlassen.¹¹⁰

Die deutsche Parteispitze musste bald feststellen, dass sich ihre eigenen Funktionäre über die Kopfgeburten des „sozialistischen Wettbewerbes“ und der „Stoßarbeiter“-Bewegung lustig machten: Während sich Neumann im April 1931 auf dem EKKI-Plenum pathetisch dagegen wandte, die Sozialdemokratie in einem Resolutionsentwurf als „Stoßbrigade des Weltkapitals“ zu bezeichnen, weil man diesen „großen revolutionären Begriff“ für den sozialistischen Aufbau vorbehalten solle¹¹¹, löste der deutsche Koch des Wohnheims der Komintern im Hotel Lux einen Skandal aus, als er aus den Kleidern einer fehlenden Küchenhilfe eine Figur fertigte, der er ein Schild mit der Aufschrift „Stoßarbeiterin“ umhing.¹¹²

Während der „sozialistische Wettbewerb“ jedoch nur einen vergleichsweise unbedeutenden Platz in der Rangliste der kommunistischen Kampagnen einnahm, waren die Antikriegskampagnen der Komintern eine Herzensangelegenheit der bolschewistischen Spitzenkader. Immer wieder ist in der Forschung vermutet worden, die stalinistische Propaganda habe die vermeintliche Bedrohung der Sowjetunion durch die „imperialistischen Staaten“ aufgebauscht, um die Kriegsfurcht als innenpolitisches Bindemittel in Zeiten der „Revolution von oben“ zu benutzen.¹¹³ Eine solche Instrumentalisierung unterschätzt allerdings die Bedeu-

¹⁰⁸ Zur Praxis des „sozialistischen Wettbewerbes“ in der Komintern nach 1933, der zu dieser Zeit allerdings vor allem als Instrument der Kadererziehung gedacht war, vgl. Studer, *Der stalinistische Parteikader*, S. 249–256. Der sozialistische Wettbewerb wurde in der KUNMZ bereits 1929 eingeführt, vgl. Köstenberger, *Die Geschichte der Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten*, S. 282.

¹⁰⁹ Brief Heckerts an Sekretariat des ZK der KPD vom 29. 12. 1929, RGASPI 495/292/44: 284–287, hier: 284.

¹¹⁰ Tatsächlich begingen deutsche Kommunisten in den 20er Jahren bei der AEG Werksspionage zugunsten des Aufbaus einer eigenständigen sowjetischen Glühbirnenproduktion, vgl. Zhuravlev, „Malen'kie ljudi“, S. 43–96.

¹¹¹ Vgl. Neumanns Ausführungen in der Sitzung der Politkommission des XI. EKKI-Plenums am 11. 4. 1931, RGASPI 495/169/134: 225.

¹¹² Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD, RGASPI 495/292/54: 57–63, hier: 61.

¹¹³ Vgl. Ulam, *Expansion and Coexistence*, S. 183, und v. a.: von Boetticher, *Industrialisierungspolitik und Verteidigungskonzeption*.

tung der bewusstseinsprägenden Erfahrungen, die die Bolschewiki seit 1917 in den Jahren des Bürgerkrieges gemacht hatten¹¹⁴ und unterstellt, dass die sowjetischen Führungsfunktionäre durchweg zweckrational gehandelt hätten. Mittlerweile wurden in den russischen Archiven jedoch einige Briefe von sowjetischen Politbüromitgliedern zu Tage gefördert, in denen sie auch intern ihre Erwartung äußerten, dass es in absehbarer Zeit zu einem Krieg gegen die Sowjetunion kommen werde. So schrieb Stalin beispielsweise im Oktober 1930 an den Geheimdienstchef Menzhinskij über die vermeintlichen Vorbereitungen der westlichen Staaten für einen Krieg: „Offensichtlich haben sie die Intervention für 1930 geplant, haben sie aber auf 1931 oder sogar 1932 vertagt. Das ist sehr wahrscheinlich und wichtig.“¹¹⁵ Wie fest sich das Trauma der alliierten Intervention während des russischen Bürgerkrieges in das Denken Stalins eingefressen hatte, lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, dass er noch 1941 in den Warnungen Großbritanniens, dass ein deutscher Überfall unmittelbar bevorstehe, nur eine Finte der englischen Kapitalisten sehen konnte, um die Sowjetunion in den Krieg hineinzuziehen.¹¹⁶

Die Losung von der Sowjetunion als dem „Vaterland aller Werktätigen“ hatte für Stalin vor dem Hintergrund des vermeintlich bevorstehenden Krieges einen ganz praktischen Sinn: Wenn die ausländischen Arbeiter „unsere Republik als ihr Kind betrachten“, so erklärte er 1925 vor dem Zentralkomitee der VKP(b), „dann wird ein Krieg gegen unser Land unmöglich“.¹¹⁷ Auch in seinem eben zitierten Brief an den Geheimdienstchef Menzhinskij vom Oktober 1930 zeigte sich der Diktator fest davon überzeugt, dass sich mithilfe von Kominternkampagnen die „Interventionsversuche für die nächsten ein bis zwei Jahre paralysieren, torpedieren [lassen], was für uns nicht unwichtig ist“.¹¹⁸ Eine ähnliche Einstellung findet sich bei Bukharin, der sicher war, die ausländische Arbeiterbewegung ließe sich als „fünfte Kolonne“ im Dienste der Sowjetunion einsetzen. Mit Blick auf das Anglo-sowjetische Gewerkschaftskomitee stellte er 1927 fest, dass die britischen Arbeiter im Falle eines Angriffs Großbritanniens auf die Sowjetunion zwar wahrscheinlich nicht aktiv für Moskau aufträten, wohl aber als Klotz am Bein der britischen Regierung hängen würden: „Und das ist immerhin etwas.“¹¹⁹

Angesichts der oben beschriebenen Spannungen zwischen den sowjetischen Diplomaten und der stalinistischen Führungsspitze dürfte es nicht verwundern,

¹¹⁴ So bereits der Einwand von Jonathan Haslam. Vgl. Haslam, *Soviet Foreign Policy*, S. 3.

¹¹⁵ Brief Stalins an den Geheimdienstchef Menzhinskij, o.D. (Oktober 1930), über das Geständnis des wegen „Schädlingsarbeit“ angeklagten Professors Ramsin. Zitiert nach: Koshelova (Hg.), *Pis'ma Stalina*, S. 187.

¹¹⁶ Vgl. Gorodetsky, *Die große Täuschung*, S. 210–233, v.a. S. 220, 230. Auch die Treffen deutscher und britischer Diplomaten während der 30er Jahre wurden nicht lediglich als Teil der britischen Appeasement-Politik gesehen, sondern als erneutes Zeichen für eine antisowjetische Verschwörung. Vgl. Andrew, *Stalin and Foreign Intelligence*, S. 76 f.

¹¹⁷ Vgl. seinen „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees“ vom 18. 12. 1925, in: Stalin Werke, Bd. 7, S. 227–305, hier: S. 248.

¹¹⁸ Brief Stalins an den Geheimdienstchef Menzhinskij, o.D. [Oktober 1930], zitiert nach: Koshelova (Hg.), *Pis'ma Stalina*, S. 187.

¹¹⁹ Vgl. Vatlin, *Trockij i Komintern*, S. 15. 1920 hatten sich britische Hafentarbeiter geweigert, Waffen zu verladen, die zur Verschiffung nach Polen bestimmt waren, das sich damals im Krieg mit Sowjetrußland befand. Vgl. Haslam, *Soviet Foreign Policy*, S. 7.

dass das NKID auch auf die Frage, ob tatsächlich ein Krieg gegen die Sowjetunion bevorstünde und ob sich Deutschland dieser Front anschliesse, eine andere Antwort parat hielt als das sowjetische Politbüro.¹²⁰ Chicherin äußerte sich wieder am deutlichsten: Er hatte bereits 1927 gegenüber der KPD-Spitze bestritten, dass es überhaupt eine akute Kriegsgefahr gebe¹²¹ und erregte sich noch 1929 in einem Brief an Stalin darüber, dass dieses „Gerede“ von der Moskauer Parteiführung fortgesetzt werde.¹²²

Betrachtet man nun die Reaktionen der Funktionäre und Mitglieder der KPD gegenüber der Einkreisungssphäre Stalins und seiner Gefolgsleute, so ergibt sich ein sehr widersprüchliches Bild. Die Führungsspitze der deutschen Partei bemühte sich auch in diesem Bereich, der bolschewistischen Führung entgegenzuarbeiten, indem sie die verschrobeneren „Meistererzählungen“ ihrer Moskauer Lehrmeister aufnahm und weiterspann. Bereits seit 1927 behauptete die KPD-Führung immer lautstarker, dass ein Krieg gegen die Sowjetunion bevorstehe und die deutsche Regierung sich an diesem Überfall beteiligen wolle.¹²³ So verfasste Hermann Remmele beispielsweise Ende der 20er Jahre auf Grundlage von Informationen aus der deutschen Friedensbewegung einen – wie Chicherin später kommentierte – „in seiner Idiotie unübertroffenen Artikel“ für die *Pravda*, wonach Deutschland die Erlaubnis erhalten habe, die Stärke der Reichswehr zu verdreifachen und dafür in die antisowjetische Front eingetreten sei. „Wenn ich diesen Müll nicht aufgehalten hätte“, erinnerte sich der sowjetische Außenkommissar, „wäre das ein riesiger Skandal geworden.“¹²⁴

Solidaritätsadressen der KPD für die bedrohte Sowjetunion gehörten seit der Parteigründung zum festen Bestandteil der Propaganda der deutschen Kommunisten¹²⁵, wobei sich entsprechend des kommunistischen Heilsversprechens religiöse Elemente in die Sprache mischten. So hieß es in einem Aufruf der KPD von 1927, die sowjetische Führung sei „Fleisch vom Fleisch und Blut vom Blut des arbeitenden Volkes“.¹²⁶ Doch während Aufrufe der Parteiführung wie „Hände weg von Sowjetrußland!“¹²⁷ zu Beginn der 20er Jahre vor dem Hintergrund der Intervention der Westalliierten in den russischen Bürgerkrieg auf eine gewisse Resonanz in der Arbeiterschaft trafen, wurde die bolschewistische Kriegshysterie am Ende dieses Jahrzehnts meist nur von den Mitgliedern der deutschen Parteilite

¹²⁰ Vgl. Knoll, Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, S. 127.

¹²¹ Vgl. Brief Dengels an Stalin vom 25. 6. 1927, RGASPI 558/11/776: 22.

¹²² Brief Chicherins an Stalin vom 22. 3. 1929, abgedruckt in: Kvashonkin (Hg.), *Sovetskoe rukovodstvo*, S. 70. Vgl. dazu auch Knoll, Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, S. 129, und Slutsch, *Deutschland und die UdSSR 1918–1939*, S. 61.

¹²³ Vgl. Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 315.

¹²⁴ Chicherin, *Diktatura jazykocheshushchikh*, hier: S. 106, 108.

¹²⁵ Vgl. Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 313–315; Weitz, *Creating German communism*, S. 242 f.

¹²⁶ „Es lebe die Sowjetunion und der Kampf um den Frieden! Nieder mit allen kapitalistischen Kriegshetzern!“, Aufruf vom 25. 2. 1927, abgedruckt in: *Dokumente und Materialien*, Bd. 8, S. 443 f.

¹²⁷ „Hände weg von Sowjetrußland! An das Proletariat Berlins“, Aufruf vom 8. 5. 1920, abgedruckt in: *Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut, Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands*, S. 93 f.

geteilt, weshalb die Komintern immer wieder vor einer „Unterschätzung der Kriegsgefahr“ warnte.¹²⁸

Um dieser Tendenz entgegenzusteuern, ordnete das Politbüro der VKP(b) während des VI. Kominternkongresses Ende August 1928 an, eine zentralgesteuerte Kampagne der Komintern gegen die Kriegsgefahr – einen „Internationalen Roten Tag“ – zu organisieren.¹²⁹ Doch schon im Laufe der Vorbereitungen für die Antikriegskampagne musste Manuilskij Anfang 1929 während seiner Reise durch Westeuropa feststellen, dass abgesehen von den Spitzenkadern weiterhin „in ausnahmslos keiner unserer Sektionen ein Gefühl für die nahende Kriegsgefahr besteht“. Die Kampagne nähme nur einen „theoretisch-abstrakten Platz in der alltäglichen Arbeit“ der kommunistischen Parteien ein, die Funktionäre würden den entsprechenden Beschlüssen des Kominternkongresses „unter allen möglichen Ausreden“ ausweichen.¹³⁰ Die entsprechenden Aktivitäten des Westeuropäischen Büros der Komintern, so schrieb er eine Woche später, stießen auf eine „beunruhigende Passivität“ der ausländischen Parteien.¹³¹

Aufgrund solcher Berichte rief das WEB im März 1929 die Vertreter der westeuropäischen Sektionen nach Berlin zu einer Vorbereitungskonferenz zusammen. Was die Kominternfunktionäre dort zu hören bekamen, stimmte sie jedoch nicht hoffnungsvoller. Den Vorstellungen des WEB zufolge sollte sich der für Anfang August geplante Antikriegstag nicht in den üblichen Demonstrationen erschöpfen, sondern als krönender Abschluss einer ganzen Reihe von Aktionstagen mit einem „politischen Streik“ begangen werden. Die Abgesandten der Parteien zweifelten jedoch, dass die geplanten Arbeitsniederlegungen realisierbar seien. Der Vertreter des WEB resümierte frustriert, die Parteien lehnten offensichtlich ein weitergehendes Engagement „mit dem gewohnten Hinweis auf die ‚besonderen Schwierigkeiten usw.‘“ ab.¹³² „Wir dürfen hier nicht nur die Einstellung haben: wir werden am 1. August halt Demonstrationen machen“, wurden die Parteivertreter bei der nächsten Sitzung des WEB zwei Monate später ermahnt. Die gesamten Sektionen und Massenorganisationen müssten sich bis hinunter zu den Betriebszellen dieser Frage annehmen.¹³³ In immer kürzerem Abstand instruierte das WEB von nun an die Parteien, welche Formen der Protest annehmen sollte¹³⁴ oder wie die „Indifferenz“ und „Apathie der breitesten Massen“ gegen die Kriegsgefahr und die „allgemeinen pazifistischen Illusionen“ bekämpft werden sollten.¹³⁵

¹²⁸ Vgl. Die Kommunistische Internationale vom 12. 9. 1928, S. 2283.

¹²⁹ Vgl. Protokoll Nr. 39 des PB der VKP(b) vom 25. 8. 1928, Punkt 6, RGASPI 17/3/701.

¹³⁰ Brief Manuilskijs an Stalin vom 13. 2. 1929, RGASPI 558/11/763: 62–64, hier: 63.

¹³¹ Brief Manuilskijs an das PS vom 22. 2. 1929, RGASPI 495/25/1345: 13 f.

¹³² Vgl. Stenogramm der Sitzung des WEB vom 11. 3. 1929 über die Vorbereitung des Antikriegstages, RGASPI 499/1/10: 9–44, Zitat Vertreter des WEB: 41 f.

¹³³ Stenogramm der Sitzung des WEB vom 16. 5. 1929, RGASPI 499/1/12: 82.

¹³⁴ Vgl. Mitteilung des WEB zur Konferenz über die Durchführung des Antikriegstages vom 18. 5. 1929, RGASPI 499/1/12: 215–221.

¹³⁵ Richtlinien des WEB für die Presse über die Durchführung der Antikriegskampagne vom 12. 6. 1929, RGASPI 499/1/13: 1–4.

Doch gerade bei den Deutschen, die sich gegenüber den anderen westeuropäischen Sektionen bei den Vorbereitungstreffen des WEB wieder als besonders eifrig präsentiert hatten, gab es in den noch verbleibenden Wochen bis zum Stichtag am 1. August große Motivationsprobleme. Der für die Koordination verantwortliche Kominterninstrukteur Tuure Lehen berichtete aus Berlin, die Antikriegskampagne bleibe in der Parteipresse ein drittrangiges Thema und sei in den Funktionärskonferenzen mit keinem Wort erwähnt worden.¹³⁶ Wie er feststellen musste, betrachteten jedoch nicht nur die unteren Kader die Kampagne als ein lästiges „Examen“ – so lautete das bezeichnende Codewort für den Antikriegstag am 1. August in seiner Korrespondenz mit Moskau –, vielmehr fuhren auch die Mitarbeiter der Parteileitung während der heißen Vorbereitungsphase im Juli lieber in den Urlaub an die Ostsee, als sich mit dem Krieg zwischen der Sowjetunion und Japan um die Ostchinesische Eisenbahn zu beschäftigen. Dieses Thema, so argumentierten die deutschen Spitzenfunktionäre, interessiere die Arbeiter ja sowieso kaum.¹³⁷

Dementsprechend schraubte die KPD ihre Pläne für den 1. August kräftig zurück. Wie Pieck in der Nachbesprechung der Kampagne am 7. August berichtete, hatte die Parteiführung den der Komintern versprochenen 24-stündigen „politischen Streik“ abgesagt. Nun sollten „die Arbeiter nur noch veranlasst werden, den Betrieb eine Stunde vor Arbeitsschluss zu verlassen“. Im Grunde wurde also darauf spekuliert, dass die Arbeitgeber von diesem „Streik“ nichts mitbekämen und sich somit mehr Arbeiter an der Aktion beteiligten. Doch selbst diese Verlegenheitsaktion fand wenig Widerhall; die von der KPD-Spitze vollmundig angekündigten Massendemonstrationen blieben zur Enttäuschung der Kominternführung weit hinter den Erwartungen zurück.¹³⁸ In einem Brief an Molotov schilderte der in Deutschland weilende Chicherin seine ernüchternden Eindrücke vom 1. August 1929 in den Arbeitervierteln von Frankfurt am Main: „An den Mauern klebten kleine rote Zettelchen, auf denen etwas über die Kriegsgefahr und die Vorbereitung eines Angriffes gegen die UdSSR stand und ich sah, wie einige Arbeiter lachten, wissend, dass es jetzt keine Kriegsgefahr gibt und niemand die UdSSR angreifen wird [...]“¹³⁹ Pieck berichtete der KPD-Führung aus Moskau von der Enttäuschung der Moskauer Kader: Den Verlauf des 1. August schätze man in der

¹³⁶ Brief „Alfreds“ [d. i. Tuure Lehen] an unbekannt vom 23. 6. 1929, RGASPI 495/25/1345: 61–63ob. Bei der Nachbesprechung des 1. August im Mitteleuropäischen Ländersekretariat (MELS) des EKKI am 7. 8. 1929 berichtete er, dass in die Thesen zum XII. KPD-Parteitag erst auf seine Intervention hin ein Absatz über die Kriegsgefahr aufgenommen wurde, RGASPI 495/28/124: 1–31, hier: 25.

¹³⁷ Brief „Alfreds“ [d. i. Tuure Lehen] an unbekannt vom 16. 7. 1929, RGASPI 495/25/1345: 71, 71ob. Diese Urlaubsstimmung betonte der Instrukteur auch bei der Nachbesprechung des 1. August im MELS des EKKI am 7. 8. 1929, RGASPI 495/28/124: 1–31, hier: 25.

¹³⁸ Vgl. Stenogramm der Sitzung des MELS des EKKI am 7. 8. 1929, RGASPI 495/28/124: 1–31, Zitat Pieck: 1, und den Brief Ulbrichts an das Sekretariat des ZK der KPD vom 4. 9. 1929 über Manuilskijs Tadel, dass die KPD ihre „Verpflichtung“ bezüglich des Streikes nicht eingehalten habe, RGASPI 495/292/44: 172 f.

¹³⁹ Brief Chicherins an Molotov vom 27. 9. 1929, abgedruckt in: Kvashonkin (Hg.), *Sovetskoe rukovodstvo*, S. 103.

Kominternführung „zwar nicht als Misserfolg ein, ist aber keineswegs mit der Arbeit der Partei zufrieden“. ¹⁴⁰

Was Stalin vom Ergebnis der Antikriegskampagne hielt, über deren Verlauf er sich bereits am 2. August telegrafisch von seinem Urlaubsort aus erkundigte ¹⁴¹, ist nicht überliefert. Doch offenkundig erkannte er, dass es nicht gelungen war, die Arbeiterschaft in Westeuropa nennenswert zu mobilisieren – jedenfalls beschloss die Komintern im folgenden Jahr in Abstimmung mit Stalin, am 1. August nicht mehr zu Streiks aufzurufen ¹⁴²: Als im Juni 1930 über den kommenden Antikriegstag beraten wurde, gab Manuilskij zu bedenken, dass man die Arbeiter nicht ständig aus den Betrieben „herauszerren“ und sie die Arbeit niederlegen lassen könne – zumal die letzten (ebenfalls nur mäßig erfolgreichen) Streikaufrufe des EKKI zum Arbeitslosentag am 6. März und zum 1. Mai erst kurz zurücklagen. Mit Blick auf die Versprechungen der vorangegangenen Kampagnen fügte er hinzu, es sei falsch, „Wechsel auszustellen“, die später nicht eingelöst werden könnten. ¹⁴³

Die nun folgenden Kampagnen waren allerdings noch erfolgloser als die von 1929; erneut wurde in Moskau die spät einsetzende und wenig engagierte Vorbereitung der Kundgebungen kritisiert. ¹⁴⁴ 1931 wurde in einem Bericht der KPD für die Organisationsabteilung des EKKI zwar versucht, das Ergebnis schönzuschreiben: In diesem Jahr hätten sich am Antikriegstag zwar weniger Menschen beteiligt als (beim ohnehin schon schwachen Auftakt) im Jahre 1929, doch ließen die teilweise gewalttätigen Demonstrationen immerhin erkennen, dass die deutsche Arbeiterschaft ihr Leben riskiere, um die Sowjetunion zu verteidigen. ¹⁴⁵ Im Nachhinein stellte das Mitteleuropäische Ländersekretariat des EKKI allerdings frustriert fest, dass die KPD es nicht einmal für nötig befunden habe, die entsprechende Antikriegs-Resolution des XI. EKKI-Plenums vom April 1931 zu veröffentlichen. ¹⁴⁶

Während in der bolschewistischen Führung die Nervosität Anfang 1932 weiter zunahm und sie die bewaffneten Konflikte an der Grenze zu China als Vorspiel für einen großen europäischen Krieg gegen die Sowjetunion ansah ¹⁴⁷, überwog zu dieser Zeit laut einem Bericht für die russische Delegation im EKKI bei den KPD-

¹⁴⁰ Brief Piecks an Dahlem vom 7. 8. 1931, RGASPI 495/292/44: 150.

¹⁴¹ Vgl. Telegramm Stalins an Poskrebyšev vom 2. 8. 1929, RGASPI 558/11/73: 26.

¹⁴² Vgl. Protokoll der russischen Delegation beim EKKI vom 25. 5. 1930, Pkt. 3, RGASPI 508/1/97.

¹⁴³ Stenogramm des Referates und Schlusswortes von Manuilskij in der Sitzung der Kommission für die Vorbereitung des Antikriegstages am 1. August 1930 vom 10. 6. 1030, RGASPI 495/60/174a: 1–5, 35–40, Zitate: 5, 35.

¹⁴⁴ Vgl. Stenogramm der Sitzung der EKKI-Kommission für die Vorbereitung des Antikriegstages am 1. August 1930 über die Ergebnisse in den verschiedenen Sektionen, RGASPI 495/60/163a.

¹⁴⁵ Bericht über den Verlauf des 1. August 1931 in Berlin (Autor unbekannt) für die Organisationsabteilung des EKKI vom 7. 8. 1931, RGASPI 495/25/533: 78–85.

¹⁴⁶ „Zur Durchführung der Beschlüsse des XI. EKKI-Plenums in Deutschland“, Bericht des MELS des EKKI vom 17. 11. 1931, RGASPI 495/28/159: 155–160, hier: 159. Vgl. auch den Brief des WEB an alle Parteien vom 10. 12. 1930, RGASPI 499/1/17: 269.

¹⁴⁷ Losowskij schrieb am 5. 2. 1932 an die russische Delegation beim EKKI: „Eine Reihe von Fakten deuten darauf hin, dass der Krieg bald ausbrechen wird.“ RGASPI 82/2/228: 34.

Funktionären weiterhin die Stimmung, man dürfe den Konflikt im Fernen Osten „nicht überschätzen“. ¹⁴⁸ Lajos Madyar, der die kommunistische Antikriegskampagne in diesem Jahr von Berlin aus koordinierte, berichtete nach Moskau, er habe gespürt, „dass die Leute den Eindruck haben, dass China weit ist, dass sie damit nichts zu tun haben oder nur wenig [...], und dass der große Krieg, die richtige Intervention zeitlich noch sehr weit entfernt ist“. ¹⁴⁹ Madyar erkannte, dass das ständige Alarmschlagen der Komintern das deutsche Zielpublikum ermüdete. Häufig sei er der Einstellung begegnet: Es werde nun schon vier Jahre vom drohenden Krieg gegen die Sowjetunion geredet, da werde er nicht ausgerechnet in diesem Jahr ausbrechen. ¹⁵⁰ Wenn er versuche, die Redaktionen der Parteipresse zu überreden, mehr zu den Themen Krieg und Pazifismus zu bringen, dann erhalte er die Antwort: „Ja, um Gottes Willen, das haben wir schon tausendmal gemacht, man kann ja nicht alles immer wiederholen.“ Dennoch würden die Parteimitglieder nicht einmal „die primitivsten Argumente“ der Komintern in der Kriegsfrage kennen. ¹⁵¹ Die kommunistische Basis konnte wohl kaum deutlicher ausdrücken, dass die Antikriegskampagne der Komintern vollständig an ihren Interessen vorbezielte.

Die Funktionäre der Komintern waren sich allerdings durchaus bewusst, warum die angebliche Kriegsgefahr in Deutschland für ziemlich irrelevant erachtet wurde: Madyar konstatierte im Frühjahr 1932, in Deutschland würden außenpolitische Fragen angesichts der zugespitzten Lage im Inneren und des aktuellen Reichspräsidentenwahlkampfes als „nebensächlich“ betrachtet. ¹⁵² In der Arbeiterschaft spreche man zu „99% Prozent über Hindenburg, Hitler, [die] Präsidentschaftswahlen usw. und vielleicht nur [zu] 1 [bis] 2% über den Krieg“. ¹⁵³ Manuilskij hatte seinerseits bereits 1930 erkannt, dass die Antikriegskampagne der Komintern in Westeuropa nur dann Erfolg haben könne, wenn sie nicht nur die „revolutionäre Vorhut“ anspreche, die „gegenüber der Sowjetunion idyllisch eingestellt ist“, sondern auch die „breiten Massen“ erreiche und ihnen zeige, wie die internationale Krise ihren konkreten Lebensstandard senke. ¹⁵⁴

Eine Verbindung zwischen ihrem Lebensstandard und den militärischen Konflikten im Fernen Osten stellte ein Teil der deutschen Arbeiter tatsächlich her – jedoch in einer anderen Weise, als sich dies die Komintern erhoffte: Insbesondere Arbeiter in Rüstungsbetrieben verbanden mit einem möglichen Krieg zwischen weit entfernten Mächten aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise in Deutschland

¹⁴⁸ Bericht von „Fritz“ für die russische Delegation beim EKKI, RGASPI 495/19/326: 4f.

¹⁴⁹ Brief Madyars an Kun vom 20. 2. 1932, RGASPI 495/60/238: 11–14, hier: 12.

¹⁵⁰ Brief Madyars an Kun vom 19. 3. 1932, RGASPI 495/60/238: 63–70, hier: 69.

¹⁵¹ Brief Madyars an Kun vom 5. 4. 1932, RGASPI 495/60/238: 79–82, hier: 79. Auch Pieck, der deutsche Vertreter der Komintern, musste zugeben, die entsprechenden Direktiven des EKKI seien von der KPD-Führung nur „unvollständig und verspätet weitergegeben“ worden. Vgl. Bericht Piecks vor der PK vom 9. 4. 1932 über die Antikriegskampagne in Westeuropa, RGASPI 495/4/182: 25–43, hier: 26.

¹⁵² Brief Madyars an Kun vom 10. 3. 1932, RGASPI 495/60/238: 47–52, hier: 49.

¹⁵³ Brief Madyars an Kun vom 14. 3. 1932, RGASPI 495/60/238: 61f., hier: 61ob.

¹⁵⁴ Schlusswort Manuilskijs in der Sitzung der Kommission für die Vorbereitung des Antikriegstages am 1. August 1930 vom 10. 6. 1030, RGASPI 495/60/174a: 35–40, hier: 36.

positive Erwartungen: Einen Krieg im Fernen Osten könne man sowieso nicht verhindern, aber vielleicht werde „die Konjunktur dadurch besser“, berichtete im Mai 1932 ein Instrukteur der Profintern über eine häufig geäußerte Meinung.¹⁵⁵ Andere Arbeiter waren in dieser Beziehung in ihrer Argumentation – zumindest in Gegenwart eines Kominterninstrukteurs – etwas diplomatischer und erklärten, mit ihrer Arbeit in der Rüstungsfabrik unterstützten sie doch ein unterdrücktes Volk. Madyar zufolge war in Rüstungsbetrieben sehr oft das Argument zu hören: „Unser Betrieb arbeitet nicht für Japan. Wir arbeiten für China. Und China soll man eigentlich unterstützen.“¹⁵⁶

Ein aus Sicht der Komintern ähnlich ernüchterndes Bild der Identifikation der deutschen Kommunisten mit dem Sowjetstaat ergibt sich, wenn man die Resonanz auf die sowjetischen Schauprozesse betrachtet, die zeitgleich mit Stalins Krieg gegen das eigene Volk begannen und von der Komintern im Zusammenhang mit der angeblichen Interventionsgefahr propagiert wurden. Dem bereits erwähnten „Shakhty-Prozess“ gegen Bergbauingenieure im Jahr 1928 folgte unter anderem im September 1930 die ausführliche Veröffentlichung der „Geständnisse“ von 48 Spezialisten der Lebensmittelindustrie, die in einem Geheimprozess der jahrelangen Sabotage der Fleischversorgung für schuldig erkannt und sämtlich erschossen wurden.¹⁵⁷ Im November 1930 begann ein öffentlicher Prozess gegen Ingenieure, denen vorgeworfen wurde, eine so genannte Industriepartei zum Zwecke der „Schädlingsarbeit“ gegründet zu haben¹⁵⁸, und im Frühjahr 1931 wurde schließlich der Schauprozess gegen das angebliche „Unionsbüro“ der Menschewisten eröffnet.¹⁵⁹

So wie in der Forschung das Verhältnis von sowjetischer Außenpolitik und Weltrevolution im Denken der stalinistischen Führung immer wieder untersucht worden ist, gehört auch das Verhältnis von Glaube und Zynismus angesichts der schier fantastischen Vorwürfe gegen die angeblichen „Schädlinge“ (und später gegen die „Parteifeinde“ in den Prozessen während des „Großen Terrors“) zu den großen Fragen der Historiker: Glaubten die Bolschewisten tatsächlich an die Schuld der Angeklagten oder zertraten sie diese im vollen Bewusstsein ihrer Unschuld vor das Gericht, um Sündenböcke für die immer zahlreicheren Ausfälle und Störungen im sowjetischen Wirtschaftssystem, für die Probleme bei der Ge-

¹⁵⁵ Stenogramm der Ausführungen Karlovskijs in einer Sitzung von Profintern-Instrukteuren über die Einschätzung der Kriegsgefahr unter deutschen Arbeitern, RGASPI 534/3/761: 158–222, hier: 202.

¹⁵⁶ Brief Madyars an Kun vom 19. 3. 1932, RGASPI 495/60/238: 63–70, hier: 70.

¹⁵⁷ Vgl. die kurz darauf erschienene parteioffizielle Broschüre: „Das Urteil wurde vollstreckt.“

¹⁵⁸ Vgl. die von Moskau vorbereiteten Veröffentlichungen: Magyar, Kapitalismus gegen Sozialismus; Gabor, Spione und Saboteure vor dem Volksgericht in Moskau; Spiony i vrediteli pered proletarskim sudom.

¹⁵⁹ Vgl. Schröder, Industrialisierung und Parteibürokratie, S. 220f.; Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, S. 408–410; und aus zeitgenössischer Sicht: Knickerbocker, Der rote Handel droht!, S. 189f. (über die „Hartgeldhamsterer“ des Jahres 1930) und Seibert, Das rote Russland, S. 215f. (v.a. über den Prozess gegen die „Industriepartei“ und den Geheimprozess gegen die Verantwortlichen aus der Lebensmittelindustrie). Über den Prozess gegen die Menschewisten vgl. Litvin, Men'shevistskij process 1931 goda.

treideversorgung und die zunehmenden Finanzprobleme der Sowjetunion zu präsentieren? Bis heute wird die These vertreten, der Terror habe einen „rationalen Kern“ gehabt und Stalin habe ihn hauptsächlich deshalb ausüben lassen, um seine persönliche Herrschaft zu sichern.¹⁶⁰

Inzwischen lässt sich jedoch feststellen, dass die Bolschewiki auch in diesem Bereich ihrer Propaganda an die Geschichten glaubten, die sie selbst produzierten. Stalin fasste die Schauprozesse zwar als Agitproptheater auf, das vor allem dazu diente, den sowjetischen Untertanen seine Sicht der Dinge aufzuzwingen (bezeichnenderweise handelte der erste sowjetische Tonfilm vom Prozess gegen die „Industriepartei“¹⁶¹) und seine Untergebenen im Politbüro einzuschüchtern.¹⁶² Doch der Diktator glaubte an die erpressten Geständnisse ebenso, wie er mit einem bald bevorstehenden Überfall auf die Sowjetunion rechnete. Da nach Ansicht der Stalin'schen Führung alle objektiven Voraussetzungen gegeben waren, um den Sozialismus in der Sowjetunion erfolgreich aufzubauen, konnten die dennoch auftretenden wirtschaftlichen Katastrophen nur durch konterrevolutionäre „Ehemalige“ – also ehemalige Menschewisten, Bürgerliche und Geistliche – oder durch eingeschleuste Spione verursacht worden sein.¹⁶³ Diese Paranoia steigerte sich im Laufe der 30er Jahre schließlich immer weiter und gehörte zu einem der wesentlichen Faktoren, die den „Großen Terror“ in Gang setzten. Mochten sich die bolschewistischen Führungskader auch bewusst sein, dass die einzelnen Aussagen in den Verhören vor und in den Schauprozessen häufig nur gemacht wurden, um der Folter zu entkommen, so waren sie dennoch von der Schuld der Mehrheit der Angeklagten überzeugt. Auf die Frage, ob der Diktator nicht davon ausgehen musste, dass es wohl kaum wirklich so viele „Feinde des Volkes“ gab, wie schließlich angeklagt und verurteilt wurden, antwortete Molotov noch in den 1970er Jahren: „Stalin hat meiner Meinung nach eine richtige Strategie verfolgt: Möglicherweise fällt ein Kopf zu viel, doch dafür gibt es im Krieg und nach dem Krieg keine Schwankungen.“¹⁶⁴

Stalin wollte auch den westlichen Arbeitern diese Sicht der Dinge vermitteln. Als er im Herbst 1930 von der Geheimpolizei die ersten Vernehmungsprotokolle der Mitglieder der „Industriepartei“ erhalten hatte, war er deshalb ganz begeistert und schlug vor, „in der einen oder anderen Form die Sektionen der K[ommunistischen] I[nternationale] und die Arbeiter aller Länder“ mit diesem Material bekannt zu machen.¹⁶⁵ Keinen Monat später trug die Kominternführung den Sektio-

¹⁶⁰ Weber, *Zehn Jahre historische Kommunismusforschung*, S. 620.

¹⁶¹ Vgl. dazu und den weiteren stalinistischen Gerichtsfilmen: Cassidy, *The Enemy on Trial*.

¹⁶² Vgl. Rees, *Stalin as Leader*, S. 47f.

¹⁶³ Zu Stalins Sichtweise der „Schädlingstätigkeit“ in der Sowjetunion am Ende der 20er und Beginn der 30er Jahre und seine Erklärungsansätze vgl. Lih, Einleitung, in: ders., *Stalin. Briefe an Molotov*, S. 55–61.

¹⁶⁴ Molotov im Gespräch mit dem Schriftsteller Feliks Chuev am 14. 1. 1975, zitiert nach: *Iz besed V. M. Molotova s poetom F. Chuevym*, abgedruckt in: Afanas'eva, *Sovetskoe obshchestvo*, Bd. 1, S. 500.

¹⁶⁵ Brief Stalins an den Geheimdienstchef Menzhinskij o.D. (Oktober 1930), zitiert nach: Koshelova (Hg.), *Pis'ma Stalina*, S. 187.

nen auf, die Arbeiter in ihren jeweiligen Ländern über den Prozess „aufzuklären“.¹⁶⁶

Wie es aber bereits bei den Kriegspobien der Bolschewiki der Fall gewesen war, so wurden auch die Verschwörungstheorien über vermeintliche faschistische Spione, französische „Saboteure“ und sowjetische „Schädlinge“ nur von den Kadern der KPD eifrig übernommen, die entweder längere Zeit in Moskau gelebt hatten – als Vertreter der KPD oder Schüler der Internationalen Leninschule (ILS)¹⁶⁷ – oder in regelmäßigem, persönlichem Kontakt mit den sowjetischen Führungskadern standen. Es sei „absolut erwiesen“, referierte beispielsweise Neumann im Sommer 1928 vor dem ZK der KPD geradezu atemlos über den „Shakhty-Prozess“, dass es in der Sowjetunion eine „konterrevolutionäre Verschwörung“ gegeben habe, die „in Verbindung mit dem militärischen Nachrichtendienst verschiedener imperialistischer Staaten organisiert wurde“. Zwei der verhafteten deutschen Ingenieure hätten bereits gestanden, dass sie dem Stahlhelm, dem nationalistischen „Bund der Frontsoldaten“, angehörten.¹⁶⁸

Aufschlussreich sind vor allem die Briefe Wilhelm Piecks, der nie Zweifel an der Glaubwürdigkeit der von den sowjetischen Behörden vorgebrachten Belastungsmaterialien äußerte. Nach der Besetzung des Moskauer Marx-Engels-Institutes durch die Geheimpolizei schrieb er über dessen verhafteten und wegen „Schädlingstätigkeit“ angeklagten Leiter David Rjazanov aus Moskau an die deutsche Parteiführung: Niemand hätte wohl gedacht, „dass dieser Mensch innerlich so feindlich gegen die Führung der Sowjetmacht eingestellt war, dass er sogar eine solche Gemeinschaft mit den menschwistischen „Schädlingen“ und Interventionisten halten würde [...]“.¹⁶⁹

Doch kann man wirklich davon ausgehen, dass Pieck tatsächlich an die Existenz „menschwistischer Schädlinge“ glaubte? Oder äußerte er sich bloß in der von der stalinistischen Führung vorgegebenen Sprache? Auffällig ist jedenfalls, dass sich Pieck auch in seiner internen Korrespondenz mit der deutschen Parteiführung der gleichen Sprachschablonen bediente, die auch die „Schädlingspropaganda“ auszeichnete. Er zeigte sich in seinen Briefen überzeugt, dass mit Rjazanov nun derjenige gefunden sei, der für die langsame Editionsarbeit des Marx-Engels-Institutes verantwortlich sei. Nach Rjazanovs Verhaftung schrieb er: „Hoffentlich wird jetzt auch die Herausgabe der Volksausgabe der Marx-Engel'schen Werke endlich vom Fleck kommen.“¹⁷⁰

¹⁶⁶ Vgl. Protokoll Nr. 98 des PS vom 30. 11. 1930, RGASPI 495/3/184: 1.

¹⁶⁷ Vgl. Brief Emil Frommholds an die kommunistische Ortsgruppe im thüringischen Altenburg vom 2. 11. 1929, RGASPI 495/292/46: 58.

¹⁶⁸ Bericht Neumanns in der Sitzung des ZK der KPD vom 9. 4. 1928 über das vereinte Plenum des ZK und der ZKK der VKP(b), SAPMO-BArch NY 4036/500: 115–122, hier: 118.

¹⁶⁹ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 3. 3. 1931, RGASPI 495/292/54: 59–63, hier: 60. Über die von Stalin sorgfältig geplante Aktion, der auf diese Weise einen widerspenstigen Gegner loswerden wollte, vgl. Rokitjanskij, Die „Säuberung“.

¹⁷⁰ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 3. 3. 1931, RGASPI 495/292/54: 59–63, hier: 60.

Dass diese Sprachschablonen wirklich sein Denken prägten, darauf deutet folgendes Indiz hin: Im Sommer 1930 schickte Piecks Geliebte Elena Stassova, die Vorsitzende der Internationalen Roten Hilfe, ihm eine Zeichnung, die im Februar 1930 in der Pravda erschienen war und die Stalins Umgang mit den als Feinden des Bolschewismus stigmatisierten Bevölkerungsgruppen thematisierte: „Die Unterschrift lautet: ‚Die Pfeife Stalins‘ und im Rauch sind die Buchstaben ‚Nepmann‘, ‚Kulak‘ und ‚Schädling‘ [zu lesen]“, erläuterte Stassova die merkwürdige Mischung aus einer Karikatur von „Volksfeinden“ und einem idealisierten Portrait des Generalsekretärs. Aus ihrer Bemerkung, dass Pieck diese „Kleinigkeit, [...] wahrscheinlich gefallen wird, weil Du solche Sachen gern hast“, lässt sich schließen, dass der deutsche Spitzenfunktionär offensichtlich auch im privaten Umgang seinen Glauben an die stalinistischen Verschwörungsszenarien bekundete.¹⁷¹

Stalins Hoffnung, dass sich mit den erpressten Geständnissen der vermeintlichen „Schädlinge“ nicht nur die Spitzenfunktionäre der kommunistischen Parteien, sondern auch die einfachen Parteimitglieder und die Arbeiter im Westen beeindruckend ließen, erwies sich hingegen als Trugschluss. Die auf seine Anregung hin vom Politbüro der VKP(b) Ende 1930 in Auftrag gegebene Kampagne der Komintern über die Schauprozesse und die Verbindung der Angeklagten mit ausländischen Spionageorganisationen¹⁷² verlief sehr zum Unmut des EKKI ebenso im Sande wie die alljährlichen allgemeinen Antikriegstage.¹⁷³ Das WEB beschwerte sich bei den europäischen Parteiführungen im Dezember 1930, dass die Kampagne „zu schwach und nur als Parteikampagne geführt“ werde.¹⁷⁴ Ähnliches musste sich Pieck im Januar 1931 in einer Sitzung der Agitpropabteilung des EKKI über die Durchführung der Kampagne in Deutschland anhören. Besonders negativ sei in Moskau aufgefallen, dass dieses Thema nicht einmal im Rundschreiben der Parteiführung an die Bezirksleitungen behandelt worden war.¹⁷⁵

Um so nachdrücklicher trug Pieck der KPD-Spitze im März 1931 auf, die Materialien über den nächsten Schauprozess gegen das so genannte Unionsbüro der Menschewisten für die Parteipropaganda zu nutzen. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mahnte er, die Parteileitung solle dafür sorgen, „dass nicht etwa mit dem Abbruch der Gerichtsverhandlungen und der Berichterstattung die Kampa-

¹⁷¹ Brief Stassovas an Pieck vom 3. 7. 1930, SAPMO-BArch NY 4036/600: 68. Die Zeichnung erschien in der Pravda vom 25. 2. 1930.

¹⁷² Vgl. Protokoll des PB der VKP(b) Nr. 13 vom 25. 10. 1930, Pkt. 17, RGASPI 17/162/8: 53; am 14. 11. 1930 verabschiedete die PK eine Anweisung an die Sektionen über die Kampagne im Zusammenhang mit dem Prozess gegen die Industriepartei, SAPMO-BArch RY 5-I 6/3/214: 46. Den Entwurf hatte Stalin am 12. 11. 1930 von Pjatnickij zur Kontrolle erhalten, RGASPI 495/19/242: 106. Am 21. 11. 1930 versandte das WEB des EKKI einen Brief an alle Sektionen mit Vorschlägen für die Kampagne, RGASPI 499/1/17: 240f.

¹⁷³ Vgl. aber auch den Brief des Mitarbeiters der Agitpropabteilung des EKKI, Chernin, an die PK des EKKI vom 4. 9. 1930, in dem er darauf hinwies, dass sich die kommunistische Presse bislang ohne Anweisungen aus Moskau nicht gegenüber der „antisowjetischen Hetze“ der sozialdemokratischen Presse wegen der Schauprozesse gegen Kondrat'ev und andere zu wehren wisse, RGASPI 495/4/397: 16.

¹⁷⁴ Brief des WEB an alle Parteien vom 10. 12. 1930, RGASPI 499/1/17: 269.

¹⁷⁵ Brief Piecks an Thälmann vom 22. 1. 1931, RGASPI 495/292/54: 10f., hier: 10.

gne wieder einschläft [...]“¹⁷⁶ Pieck regte an, der Komintern auch in diesem Falle, bei der propagandistischen Bekämpfung der vermeintlichen „Volksfeinde“ „entgegen zu arbeiten“: „Es werden von der Agitpropabteilung der KI noch entsprechende Anweisungen herausgegeben werden; aber ich glaube, dass wir hier, wie auch in anderen Fragen, selbst die Initiative haben sollen.“¹⁷⁷

Die Berichte über die „Schädlingsprozesse“ blieben in Deutschland zwar nicht gänzlich ohne Auswirkungen – doch sahen diese anders aus, als von der Kominternführung beabsichtigt: So häuften sich Anfang 1930 die Beschwerden von Arbeitern, die sich um Beschäftigung in der Sowjetunion beworben hatten, von der Arbeitsvermittlungsstelle des sowjetischen Obersten Volkswirtschaftsrates in Berlin jedoch entweder abgelehnt worden waren oder keine Antwort erhalten hatten. Einige der Bewerber, so erfuhr Pjatnickij von Pieck, hätten den Eindruck geäußert, „als ob die russische Vermittlungsstelle in Berlin von konterrevolutionären Elementen besetzt ist. Einer schreibt sogar von Mitgliedern der Industriepartei“.¹⁷⁸ Piecks Schreiben wurde in Moskau überaus ernst genommen: Rasch stellte das EKKI eine umfangreiche Untersuchung über die Zustände in der Berliner Vermittlungsstelle an, in der die dort herrschenden chaotischen Zustände gegeißelt wurden.¹⁷⁹ Niemand im EKKI schien jedoch auf den Gedanken zu kommen, dass das Verhalten der völlig überlasteten Vermittlungsstelle nicht auf „konterrevolutionäre Aktivitäten“ zurückzuführen war, sondern dass die abgelehnten Bewerber vielmehr den propagierten „Schädlings“-Diskurs aufgriffen, um so vielleicht doch noch an einen der in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit heiß begehrten Arbeitsplätze in der Sowjetunion zu kommen.

Das hier geschilderte, distanzierte Verhältnis der deutschen Kader zu den Kampagnen der Komintern führt besonders deutlich vor Augen, welche begrenzte Reichweite die zahlreichen internationalen Kampagnen des EKKI hatten, die häufig noch nicht einmal bei allen Mitgliedern der sonst so eifrigen deutschen Parteiführung einen nennenswerten Widerhall fanden. Wie wenig die Resolutionen, Aufrufe, Leitartikel sowie die internen Anweisungen der Komintern an die Parteiführungen zur vermeintlichen Kriegsgefahr oder den „Schädlings“-Prozessen in der Sowjetunion bewirkten, hatte schon im April der Mitarbeiter des Westeuropäischen Büros der Komintern, Richard Gyptner, in einem Brief an Manuilskij geschildert und in diesem Zusammenhang erneut über die Machtlosigkeit des WEB geklagt. Er höhnte in diesem Schreiben, dass bei der Durchführung der Kampagnen der Komintern

„die alte Methode des ‚Entschreibens‘ vorläufig in aller Blüte steht. Einer ermahnt (oder kommentiert) den anderen, dass etwas geschehen muss, aber wenig geschieht. Zirkulare fliegen hin und her. [Das] Web schreibt an die Parteien, Heimo + Wassiljew ermahnen in 3–4 Briefen, was das Web alles tun muss, Alarich [d. i. Gyptner] schreibt jetzt an Richard [d. i.

¹⁷⁶ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 3. 3. 1931, RGASPI 495/292/54: 59–63, hier: 60.

¹⁷⁷ Brief Piecks an Thälmann vom 16. 3. 1931, RGASPI 494/292/54: 76–78, hier: 77.

¹⁷⁸ Brief Piecks an Pjatnickij vom 22. 2. 1931, RGASPI 495/292/58: 16.

¹⁷⁹ Vgl. die Akte RGASPI 495/19/521.

Manuilskij] usw.; Bennet [d.i. Petrovskij] hat auch hier in Berlin schon ein Zirkular vorge schlagen (welch ein kühner Anfang!)¹⁸⁰

Wie auch in anderen Fällen zeigte sich hier, dass die Komintern im Alltagsgeschäft kaum über Druckmittel verfügte, um die Parteien zu mehr Engagement zu bewegen: Wie wir noch im nächsten Kapitel sehen werden, wurden die Funktionäre der jeweiligen Parteien nur dann aktiv, wenn sie die Doktrinen der Komintern mit ihren eigenen Erfahrungen und Sichtweisen verbinden konnten. Die Kriegsgefahr und die „Schädlings“-Prozesse gehörten offensichtlich nicht dazu. Die kommunistischen Parteien ließen sich durch die Komintern also mangels ausreichender Sanktionsmöglichkeiten nur sehr begrenzt instrumentalisieren – so „diszipliniert“ die Sektionen nach den „Säuberungen“ des Jahres 1929 auch immer gewesen sein mögen. Die Drohkulissen, die von Moskau aufgebaut wurden, vermochten wenig auszurichten, wenn die Komintern nicht auf die Loyalität der Funktionäre der nationalen Parteien setzen und diese zumindest zu einer partiellen Kooperation bewegen konnte.

¹⁸⁰ Brief „Alarichs“ [d.i. Richard Gyptner] an Manuilskij vom 25. 4. 1929, RGASPI 495/293/102: 1–14, hier: 1f.